

Auszüge aus:

Inflation und Deflation zerstören die Demokratie...

von Gerhard Ziemer

Zur Person

Auskunft des Seewald Verlages Stuttgart aus dem Jahr 1971 über den Autor:

Dr. jur. Gerhard Ziemer, Jahrgang 1904, Studium der Rechts- und Finanzwissenschaft in Jena, München und Berlin, nach Referendar- und Assessorexamen zunächst richterliche Tätigkeit in Pommern, dann bis 1945 Vorstandsmitglied der Pommerschen Bank und Generallandschaftssyndikus der Pommerschen Landschaft; nach dem Krieg Mitbegründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank in Bonn-Bad Godesberg.

Durch die Länge der Auszüge ist die Platzierung innerhalb meines Textes „Brüning, Schröder, ... nicht ganz glücklich. Für diejenigen, die sich für den Brüning Text interessieren, aber nicht für meine Auslassungen, habe ich die Auszüge separat ausgewiesen. Die Auszüge zu den Ausführungen zum Thema von Hans Schumann, der damals verzweifelt versucht hat, die SPD auf einen anderen währungspolitischen Kurs zu bringen, sind bei Bedarf in meinen Ursprungstext nachzulesen. März 2003 T. A.

Die Auszüge

Laufende Numerierung GZ = Gerhard Ziemer
zur leichteren Orientierung von TA

GZ 1)

Inhalt

Vorwort 7 / Die Geldseite und die Güterseite der Wirtschaft - Inflation und Deflation 9 / Geldumlauf und Arbeitsteilung 11 / Die gestoppte Inflation vor der Währungsreform 13 / Die Rolle des Geldes in der kommunistischen Wirtschaft 19 / Ein Kapitel Währungsgeschichte 26 / Probleme der Geldentwertung in der Gegenwart 43 / Die Zerstörung der Weimarer Republik durch die Währungskrisen 53 / Übersicht und Fragen 55 / Die Inflationsjahre 63 / Bewertung der Inflation in den politischen Memoiren 82 / Die Stabilisierung der Währung – Zwischenjahre- 87 / Der Einfluß der Inflation auf die späteren Irrtümer 96 / Entstehung und Ausmaß der Weltwirtschaftskrise 105 / Die besondere Lage Deutschlands in der Weltwirtschaftskrise 110 / Die Deflationspolitik der Regierung Brüning 120 / Einstellung der Parteien und der öffentlichen Meinung zu Brünings Deflationspolitik - Die Ohnmacht der Reformer - 142 / Wirtschaftliche und menschliche Probleme der Arbeitslosigkeit 167 / Die Überwindung der Krise in Deutschland und in den USA durch das Programm der Reformer 176 / Behandlung der Deflationskrise in den politischen Memoiren 185 / Brünings »Memoiren 1918-1934« 196 / Äußerungen heutiger Historiker über die Weimarer Wirtschaftskrisen 213 / Schlußfolgerungen 223 / Statistischer Teil 233 / Personenregister 255

Aus dem Kapitel: **Die gestoppte Inflation vor der Währungsreform**

GZ 2)

Die Älteren in der deutschen Bevölkerung haben noch eine deutliche Erinnerung an die drei Jahre zwischen Kriegsende und der Währungsreform vom Sommer 1948. Das Geld erfüllte damals in Deutschland aus marktmäßigen Gründen nicht mehr seine normale Tauschfunktion gegenüber der Güterseite der Wirtschaft. Die von den Besatzungsmächten vorgeschriebenen Zwangspreise - der beibehaltene Preisstopp für die im letzten Kriegsjahr geltenden Festpreise - entsprachen nicht dem marktmäßigen Tauschverhältnis zwischen der Nachfrage haltenden Geldmenge und dem ohnehin sehr klein gewordenen Güter- und Dienstleistungsangebot. Wir hatten bei Kriegsende einen Bargeldumlauf von über 70 Milliarden Reichsmark (RM). Dazu kam das neu ausgegebene Geld der Militärregierungen. Der verlorene Krieg war mit einer Reichsschuld von über 500 Milliarden RM finanziert worden, und zwar auf dem Wege über die Sparguthaben und die sonstigen Geldanlagen der Bevölkerung und der deutschen Wirtschaft bei den Kreditinstituten und durch den Gegenkauf von kurz- und mittelfristigen Schuldscheinen des Reichs (Schatzanweisungen) durch die Kreditinstitute und die anderen Geldsammelstellen (Versicherungsunternehmen, öffentlich-rechtliche Versicherungsanstalten usw.). Dadurch war neben dem großen Umfang des umlaufenden Bargeldes ein ungeheurer Turm von Geldforderungen entstanden, von dem jederzeit ein erheblicher Teil durch Abhebung der Sparguthaben und Kündigung der bei den Banken unterhaltenen Terminguthaben gegenüber der sehr klein gewordenen Güterseite in Kaufkraft umgewandelt werden konnte. (Seite 13)

GZ 3)

Die unsägliche Armut, in die Deutschland vor der Währungsreform von Monat zu Monat mehr versank, und die von 1947 an die rein körperliche Existenz der Bevölkerung - die um die mittellosen Flüchtlingsmassen vermehrt war - bedrohte, war nur zum kleineren Teil die unmittelbare Folge der Kriegsverluste und Kriegszerstörungen oder der von den Besatzungsmächten verhängten Berufs- und Produktionsverbote. Sie trugen erheblich zu dem Elend bei, aber der entscheidende Grund war, wie die Währungsreform sofort bewies, die außer Kraft getretene normale Tauschfunktion des Geldes in einer auf Arbeitsteilung angewiesenen Volkswirtschaft. Es wurde dadurch nicht nur der Umfang der Produktion gedrosselt - es gibt für das westdeutsche Bruttosozialprodukt des Jahres 1947 keine exakten Zahlen, man kann es auf die Hälfte des Bruttosozialprodukts von 1949, dem ersten vollen Wirtschaftsjahr nach der Währungsreform, schätzen -, die noch laufende Produktion und vor allem die dafür eingesetzte Arbeitskraft wurden auch in eine wirtschaftlich falsche Richtung abgedrängt. Da auch die Löhne und Gehälter gestoppt waren und gerade ausreichten, um die unzureichenden Kartenzuteilungen zu bezahlen, blieb für die Arbeiter, Angestellten und Beamten nur die Selbsthilfe für alles Zusätzliche übrig. (Seite 15)

GZ 4)

Es muß hierbei betont werden, daß sich auch die Währungsreform als solche, also der Ersatz der zu großen Mengen Reichsmark - Bargeld und Reichsmarkguthaben - durch einen weit kleineren Betrag von D-Mark, nur ganz langsam hätte auswirken können, wenn nicht gleichzeitig auch die gebundenen Preise und Löhne in schnellen Abständen freigegeben worden wären. Erst dadurch konnte sich für die neue Währung ein marktmäßig zutreffendes Tauschverhältnis gegenüber der Güterseite der Wirtschaft herstellen. Hätte man es weiter bei einem Festpreissystem belassen, das mit Notwendigkeit immer auch marktmäßig falsche Preise enthält, wäre der Wirtschaftsablauf noch lange Zeit ein schleppender gewesen und das »deutsche Wirtschaftswunder« hätte sich erheblich verzögert. Die schnelle Freigabe der Preise

und Löhne war damals durchaus keine Selbstverständlichkeit, sondern ein noch vielfach bekämpfter Grundsatz der freien Marktwirtschaft, für dessen Durchsetzung dem damaligen Wirtschaftsminister Professor Erhard bleibender Dank gebührt.
(S. 17)

Aus dem Kapitel: **Ein Kapitel Währungsgeschichte**

GZ 5)

Für die Rückbetrachtung wird es immer erstaunlich bleiben, warum man es nach Ende des Ersten Weltkrieges in der westlichen Welt zu den Währungskrisen der Inflation und der großen Deflation hat kommen lassen, und zwar sowohl auf der Seite der Sieger wie der Besiegten. Auch in Frankreich, Belgien, Italien und der Tschechoslowakei hatten die damaligen Inflationen die Kaufkraft der Währungseinheiten dieser Länder bis zur vollständigen Entwertung der alten Geldvermögen vermindert. Die italienische Lira zeigt dies heute noch an ihrem Kurs von 1000 Lire = 6,- DM statt 800,- DM. An der Geldentwertung der Inflation gab es Interessierte, die Schuldner und auch den Staat, wenn er seine Ausgaben statt mit politisch lästigen Steuern bequemer mit den Banknoten der Notenbank bestreiten wollte, wie dies heute noch in südamerikanischen Ländern immer wieder geschieht. An der großen Deflationskrise konnte niemand interessiert sein, nicht die Unternehmer, die ihren Betrieb, und nicht die Arbeiter und Angestellten, die ihren Arbeitsplatz verloren, geschweige der Staat. Aber auch die jeweiligen Interessenten der Geldentwertung hätten sich in den europäischen Industriestaaten niemals gegen eine klare Erkenntnis von Ursachen und Ablauf einer Inflation durchsetzen können. Das hätten die öffentliche Meinung und ihr folgend die Parlamente auch schon damals, so wie heute, bekämpft und als große Inflation verhindert.

GZ 6)

Das für den heutigen Betrachter schwer Verständliche ist das Fehlen dieser Erkenntnis, so daß selbst ein Mann wie der frühere Reichsbankpräsident Schacht, der im Reich der Hochfinanz schon als halber volkswirtschaftlicher Wissenschaftler galt, erklären konnte, in Deutschland sei die große Inflation ungewollt und lange Zeit unerkannt über uns gekommen. Die weitere Frage ist, warum hat man nicht aus den schließlich erkannten Folgen der inflationistischen Geldvermehrung die doch unmittelbar damit verbundene Erkenntnis von den Folgen einer Geldverminderung und eines verlangsamten Geldumlaufs gewonnen, so daß man der 1929 eingetretenen Deflation, die zunächst ein rein psychologischer Vorgang war, geistig gerüstet hätte entgegentreten können? So wie man heute den immer wieder auftretenden Rezessionen entgegentritt. Dann wäre es 1929 wohl zu einer weltweiten Wirtschaftslaute gekommen, für Deutschland auch wegen der Reparationszahlungen zu unangenehmen Transferproblemen, niemals aber zu einer Welt-Deflationskrise in dem Ausmaß der Krise von 1929 bis 1933.

GZ 7)

Die Erklärung für das damalige Nichtwissen der älteren Generation, welche in Staat und Wirtschaft die Führungspositionen innehatte, die in Deutschland sehr unglücklich besetzt waren, kann man nur aus der Geschichte des Geldwesens gewinnen.

(S. 26/27)

...

GZ 8)

Schacht hat bis in unsere Tage, bis zum Ende seines langen Lebens, daran festgehalten, daß es sich bei der Funktion des Geldes nicht um wissenschaftliche Erkenntnisse handele, sondern daß es hier auf Erfahrungen und das richtige Fingerspitzengefühl ankomme. Diese

unwissenschaftliche Einstellung zu den Problemen des Geldwertes und des Geldumlaufs war bis zum Ende des Ersten Weltkrieges bei den Praktikern der sogenannten Hochfinanz und den mit ihnen verbundenen Notenbankdirektorien allgemein. Man tat hierbei in den abgeschirmten Räumen der Direktionsetagen auch noch recht hochmütig und geheimnisvoll, so, als wisse man alles, wolle es aber der Öffentlichkeit nicht anvertrauen. Es war eben Bankgeheimnis wie die Guthaben auf den Konten oder die gegebenen Kredite. Die Theoretiker, die es schon damals wirklich besser wußten und die inzwischen auf ganzer Front gesiegt haben, so daß die Wissenschaft in der Lage ist, den Staaten und Notenbanken die jeweils nötigen Sachverständigenurteile zu liefern, standen damals (und bisweilen auch noch heute) unter dem Verdacht, daß über das Geld nur urteilen könne, wer auch vom Geldverdienen viel verstehe. So gaben damals die Bankherren, die Praktiker der Geldgeschäfte, auch in den theoretischen Geld- und Währungsfragen ganz selbstverständlich den Ton an, dem von den akademischen Lehrstühlen nur mit Respekt und Vorsicht widersprochen wurde. Es gab hierbei lang anhaltende, zum Teil bis heute weiterwirkende Riten und Tabus, die den Weg des Geldes von den Geldwechslern und den goldenen und silbernen Schatzkammern des Mittelalters her bis in die moderne Zeit bestimmten. Geld war in erster Linie immer ein Geldgeschäft und die Wissenschaft vom Gelde in erster Linie die Spürnase für die Kurse von morgen, für kommende Hausse- und Baisse-Zeiten. Das ginge den Staat und nicht einmal die Notenbanken etwas an, die lediglich dafür zu sorgen hätten, daß ihre Kasse stimme und genügend umtauschbares Gold in ihren Kellern sei. Vor 1914 kannte man die Ausdrücke Inflation und Deflation nicht. Wer damals etwa von der Reichsbank eine Auskunft verlangt hätte, warum seit 1890 die Großhandelspreise und die Lebenshaltungskosten so beharrlich stiegen, hätte als Irrläufer keine Antwort bekommen oder nur den kurzen Hinweis, daß dies eine Angelegenheit der Warenmärkte sei und mit der Währung nichts zu tun habe, denn ein goldenes 20 Markstück sei immer noch aus Gold und habe immer noch das gleiche Gewicht.

GZ 9)

In dieser Tradition, die noch kein Quantitätsgesetz des Geldes und damit auch nicht die Ursachen der Preisveränderungen und der kapitalistischen Krisen kannte, stand die alte Generation, die für die Währungskrisen in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg die Verantwortung trägt. Wir können das heute nicht mehr verstehen und die Reformen haben es schon damals nicht verstanden. Man muß es aber als subjektive Entschuldigung für die konjunktur- und währungsmäßigen Mißgriffe gelten lassen, auch für Brüning und Luther, die als Reichskanzler und Reichsbankpräsident die Hauptverantwortlichen in der großen Deflationskrise der dreißiger Jahre waren.

GZ 10)

Die Geschichte des Geldwesens ist eine sehr merkwürdige und auf eigenen Wegen laufende. Die Erfindung des Geldes, die wir in Europa von den Griechen, und diese wiederum von den Phöniziern herleiten, war eine der Großtaten des Menschengenies. Es handelte sich dabei nicht um das Finden eines Geldstoffes, etwa des Edelmetalls Gold und Silber, sondern um eine Idee, einen gedanklichen Vorgang, durch den plötzlich die bunte und so verschiedenartige Güterseite des Lebens vergleichbar gemacht wurde. Die Geldeinheit war fortan für alle bewegliche und unbewegliche Habe der Menschen der Vergleichsmaßstab, das tertium comparationis. Die Erfindung des Geldes, genauer der Geldeinheit, war aber von Anfang an mit dem Problem des Stoffes dieser Geldeinheit belastet. Das lateinische Wort pecunia für Geld (von pecus = das Vieh) zeigt, daß man zum mindesten im frühantiken Italien die Geldeinheit in einer Vieheinheit - Schaf, Ziege, Rind - verkörperte. Das war zwar eine Währung frei von Staatsgrenzen und Wechselkursproblemen, aber doch zu schwierig für fernere Märkte und nicht brauchbar für kleinere Zahlungen des täglichen Bedarfs.

(S. 27 /29)

GZ11)

So handlich, haltbar und international ohne Wechselkursprobleme tauschbar nun die Gold- und Silberwährung auch war, so daß bis zur jüngeren Vergangenheit kein Versuch gemacht wurde, diesen Geldstoff vollgültig durch einen anderen zu ersetzen - die Münzverschlechterungen durch Zusätze von Kupfer und Zinn waren immer nur vorübergehend -, so hatte diese Edelmetallwährung doch zwei Nachteile, die im Verlaufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte zum Schicksal der Völker und Staaten wurden. Die Edelmetallwährung war gebunden an einen Stoff, der nicht beliebig und den Geldbedürfnissen der Wirtschaft entsprechend vermehrt werden konnte, sondern der in Bergwerken und im Flußsand oder in eroberten Beutevorräten gefunden oder nicht mehr gefunden wurde. Und die Edelmetallwährung brachte die eigentliche Funktion des Geldes, nämlich den Tauschwert der Geldeinheit, in eine gedanklich nicht geklärte Verbindung mit dem Warenwert der Geldzeichen. Beide Nachteile blieben bis zum Ersten Weltkrieg dem allgemeinen Bewußtsein unbekannt und wurden auch geschichtlich und währungswissenschaftlich wenig erforscht. Man hielt die Tauschkraft einer Gold- und Silbermünze als durch den Wert ihres Metalls für problemlos gegeben. Probleme sah man nur in dem Nebeneinander von Gold- und Silbermünzen, deren Warenwert zueinander allmählich nicht mehr dem im Münzfuß festgesetzten Verhältnis entsprechen wollte. Infolge der reichlichen Silberfunde in Amerika hatte sich im 19. Jahrhundert das im Münzfuß der einzelnen Gold- und Silberwährungen auf 1:15 festgelegte Wertverhältnisse von Gold zu Silber in den Preisen auf den Silbermärkten beträchtlich verschoben, auf etwa 1:20, so daß die Schuldner lieber in Silber als in Gold bezahlten. Jedermann konnte damals bei der uneingeschränkten Geltung der Edelmetallwährung - auch in Deutschland - gegen eine geringe Prägegebühr Gold und Silber in den staatlichen Münzstätten zu Münzen schlagen lassen. Hinter der Silberwährung standen im 19. Jahrhundert als mächtige Interessentengruppen die Silber produzierenden Länder und natürlich auch die Silberspekulanten. In Deutschland speziell waren die konservativen Vertreter der Landwirtschaft Anhänger der Silberwährung, weil sie sich von einer Beibehaltung bzw. Wiedereinführung der Silberwährung neben der Goldwährung (Bimetallismus) eine Vermehrung der Geldmenge und eine erleichterte Schuldenzahlung durch Anhebung der Preise versprochen. Befürworter einer reinen Goldwährung ohne freies Prägerecht für Silber waren im neu gegründeten Kaiserreich Deutschland die Vertreter der Industrie, die liberalen Parteien und auch die Reichsbank. Ihr Wortführer im Reichstag war Ludwig Bamberger, Direktor der Deutschen Bank, sein jüngerer Helfer Dr. Karl Helfferich, der spätere Staatssekretär im Reichsschatzamt.

GZ12)

Der Streit zwischen den Gold- und Silberwährungsanhängern, von dem Bismarck bei den hitzigen Debatten im Reichstag erklärte, daß er ihm gedanklich nicht zu folgen vermöge, war so heftig, daß er zu erbitterten Beleidigungsprozessen führte. Sieger blieben in Deutschland und auch in der Mehrzahl der anderen Länder die Befürworter der reinen Goldumlaufwährung, die in Deutschland mit der Aufhebung des freien Silberprägerechts 1879 eingeführt und am 1. Januar 1900 mit der Außerkraftsetzung der bis dahin noch als gesetzliches Zahlungsmittel zugelassenen alten Talerbestände (hinkende Goldwährung) vollendet wurde. Die silbernen Taler wurden fortan zu 3 Markstücken als Scheidemünzen wie die silbernen 1 und 2 Markstücke, deren Annahme zur Tilgung von Geldverpflichtungen man verweigern durfte.

GZ 13)

Das war in Deutschland bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges die formal-rechtliche Ordnung des Geldwesens, die man auch für die materiell vorhandene hielt. Die Banknoten der

Reichsbank, deren man sich ebenso wie der Scheidemünzen neben dem eigentlichen Goldgeld bediente, waren in Deutschland und in den anderen Ländern rechtlich gesehen nur Verpflichtungsscheine der Notenbanken auf Umtausch in Gold. So wurde es damals allgemein geglaubt und auch auf den Universitäten gelehrt. Das waren die Grundlagen der Wissenschaft vom Gelde für die Generation der im 19. Jahrhundert geborenen Männer, die den Ersten Weltkrieg finanzierten und nach dem Kriege für die Inflation und die Weltwirtschaftskrise verantwortlich waren. Im Streit der Goldwährungsanhänger mit den Bimetallisten hatte man sich auf der einen oder anderen Seite erhitzt. Das war mit dem allgemeinen Sieg der Goldwährung zu den Akten gelegt. Es gab zwar noch die akademische Lehrmeinung des sogenannten Nominalismus, die im Gegensatz zum Metallismus stand und deren Führer in Deutschland Professor Knapp, der Schwiegervater von Theodor Heuss, war. Sie lehrte, daß als Geld grundsätzlich das anzusehen sei, was der Staat als Geld bezeichnete und rechtlich entsprechend schützte. Das war eine Theorie. Die rechtlich verwirklichte Praxis war der Metallismus in der klassischen Form der Goldumlaufwährung, zu der sich in Deutschland alle führenden Praktiker bekannten, nicht nur Dr. Schacht, sondern auch sein Mitbewerber um den Posten des Reichsbankpräsidenten Dr. Helfferich. ...
(S. 30 / 31)

GZ 14)

Die bis zum Kriegsausbruch gehegte Vorstellung, daß der Wert aller dieser nicht aus Gold bestehenden Geldzeichen auf den Warenwert des Goldes zurückzuführen sei, gegen den man sie angeblich jederzeit eintauschen könne, war irrational. Diese Annahme war weder praktisch vollziehbar, noch, wie sich jetzt nach Aufhebung der rechtlichen Goldeinlösungspflicht herausstellte, von wirklicher Bedeutung. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges setzte sich in Deutschland der Bargeldumlauf aus über 3 Milliarden Mark Papiergeld (Reichsbanknoten, Privatbanknoten, Reichskassenscheine) und fast 900 Millionen Mark Scheidemünzen und 2,6 Milliarden Mark Goldmünzen zusammen.
(S. 32 / 33)

GZ 15)

Man ist deshalb nach Ende des Ersten Weltkrieges auch in keinem Land der westlichen Welt zur Goldumlaufwährung und zum Goldeinlösungszwang für Banknoten zurückgekehrt, sondern hat es bei dem Geld aus Papier und bei den Scheidemünzen aus Silber und Nickellegierungen bewenden lassen. Von der Illusion, daß trotzdem das Papiergeld einen Materialwert aus Gold und nur deshalb seine Tauschkraft hätte, wollte sich die alte Generation allerdings noch nicht so schnell trennen. So hielt man in den Notenbankgesetzen nach dem Ersten Weltkrieg an der in der Weltwirtschaftskrise sich fatal auswirkenden Bestimmung fest, daß die umlaufenden Banknoten zu 40 Prozent in Gold oder in »goldgedeckten« Devisen gedeckt sein mußten. Von tragischen Folgen war diese Bestimmung, wenn man sie, wie in Deutschland, in der Krise einhalten wollte deshalb, weil das vorhandene oder nicht vorhandene Gold der Reichsbank, nicht aber der volkswirtschaftliche Bedarf über den Geldumlauf entschied. Das war der Irrtum von Brüning und Luther, der sie hinderte, die Krise zu bekämpfen, als die Reichsbank ihr Gold zur Rückzahlung der abgerufenen Auslandskredite verlor. Es war der Irrtum, der auch in den anderen Ländern den Goldabrufen und Goldverschiebungen, über die sie nicht selbst Herr waren, die bedrohliche Bedeutung gab.

GZ 16)

Als Ergebnis der Weltwirtschaftskrise ist man in der westlichen Welt der auf Wissenschaft und nicht auf Mutmaßungen beruhenden Ansicht der Reformer gefolgt und hat die Golddeckungsbestimmungen als überflüssig und schädlich aufgehoben und statt dessen den Notenbanken aufgegeben, die Geldversorgung der Wirtschaft nach ihren Bedürfnissen unter

Wahrung der Kaufkraft der Geldeinheit vorzunehmen. Nur noch in der Schweiz bestehen die Golddeckungsbestimmungen formal weiter, haben jedoch auch dort keine praktische Bedeutung mehr.

(S. 33 / 34)

GZ 17)

Worauf beruht nun, wenn nicht auf dem Materialwert der Geldzeichen, der Tauschwert der Geldeinheit, also das, was man die Kaufkraft des Geldes nennt, und wie kann man sie wahren?

Hätte man sich diese Frage bei Beginn des Ersten Weltkrieges gestellt, als man die Goldeinlösung für die Banknoten aufhob und diese trotzdem ihren vollen Tauschwert behielten, so wäre man auf das Quantitätsgesetz des Geldes gestoßen. In Kenntnis dieses Gesetzes hätte man gewußt, was eine Inflation und eine Deflation ist, wann sich das Geld inflationistisch entwertet oder deflationistisch aufwertet, wann also alles auf der Güterseite zwangsweise teurer oder billiger werden muß. Man hätte dann entdeckt, was man heute weiß, daß der Wert des Geldes ein Marktwert ist, nicht nur heute, sondern schon immer und unabhängig vom Stoff der Geldzeichen, mit voller Geltung auch für die Edelmetallmünzen. Aus Angebot und Nachfrage ergibt sich beim Geld der Tauschwert der Geldeinheit. Wird der Geldumlauf, der Nachfrage nach den Waren und Dienstleistungen der Güterseite hält, kleiner, ohne daß sich auch die Güterseite entsprechend verkleinert hat, so muß marktgesetzlich die Kaufkraft der einzelnen Geldeinheit steigen, so daß man für das gleiche Geldstück mehr kaufen kann.

GZ 18)

Das war jahrhundertlang der Fall, als sich in der spätrömischen Antike die Gold- und Silberfunde erschöpft hatten und die umlaufenden Gold- und Silbermünzen weitgehend in den Beutesäcken der feindlichen Heere oder in den Angsttöpfen der Bevölkerung verschwunden waren. Die ständig kleiner gewordene Umlaufmenge an Gold- und Silbermünzen bewirkte marktmäßig die ständige Kaufkraftherhöhung der einzelnen Münze, da man anderes Geld als das Münzgeld aus Edelmetall nicht kannte. Im Verlaufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte waren diese Veränderungen gewaltig. Während man sich im geldreichen Rom zur Zeit von Cäsar und Augustus für einen Gold-Aureus vielleicht eine neue Toga mit Purpurstreifen kaufen konnte, reichte ein gleichschweres Goldstück 800 Jahre später zur Zeit Karls des Großen für den Kauf eines ganzen Weinbergs aus. Cäsar hatte vor Antritt seines Amtes als Prokonsul mehrere Millionen Silberdenare privater Schulden, die er dann mit Hilfe der in Gallien eroberten Gold- und Silbervorräte in bar bezahlen konnte. Die von dem Bankhaus der Fugger im geldarmen Mittelalter zusammengebrachte, damals als gewaltig geltende Summe, mit der Karl V. die Kurfürsten für seine Kaiserwahl gewinnen mußte, betrug ganze 853 000 Gulden. So hatte sich wertmäßig das knapp gewordene Edelmetallgeld aufgewertet. In Geldeinheiten ausgedrückt war alles in Europa in einem jahrhundertlangen Deflationsprozeß ständig billiger geworden.

Nach dem gleichen Quantitätsgesetz wurde dann jahrhundertlang alles teurer, das heißt die Münzen gleichen Gold- und Silbergehalts verloren ständig an Kaufkraft, als nach der Entdeckung Amerikas große Mengen Edelmetall in die europäischen Länder kamen und dort zu Münzgeld gemacht wurden. Für ein Goldstück, das ehemals für den Kauf eines Weinbergs gereicht hatte, bekam man im Jahre 1900 nur noch eine Hose und 1914 nicht einmal diese.

(S. 35 /36) ...

GZ 19)

Aus dem Quantitätsgesetz des Geldes ergibt sich die Antwort auf die immer wieder gestellte Frage, warum Geld aus Papier einen Tauschwert haben könne und wie man diesen Wert, der doch stofflich keine Bindung hat, stabil halten oder nach oben und unten verändern könne. Der Tauschwert der Geldeinheit aus Papier bildet sich ebenso marktmäßig aus Angebot und

Nachfrage wie der Tauschwert der Geldeinheiten aus Metall oder anderen Stoffen. Bleibt die Geldmenge, zu der auch das Buchgeld zu rechnen ist, insgesamt unverändert oder verändert sie sich ungefähr im gleichen Verhältnis wie das Güter- und Dienstleistungsangebot, so behält auch die Geldeinheit aus Papier ihren Tauschwert, wie wir das im Grundsatz in der Bundesrepublik seit der Währungsreform erlebt haben.

(S.37)

GZ 20)

Das Quantitätsgesetz des Geldes, wonach auch beim Geld Angebot und Nachfrage seinen Preis, das heißt seine Kaufkraft bestimmen, hat neben der meßbaren Quantität der umlaufenden und Nachfrage haltenden Geldmenge eine psychologische Komponente, die im engen Zusammenhang mit den sogenannten kapitalistischen Krisen steht, von denen die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre die letzte große Deflationskrise war. Die psychologische Komponente des Quantitätsgesetzes, die Rezessionen so gefährlich macht, bewirkt auch den Selbstbeschleunigungseffekt bei fortgeschrittenen Inflationskrisen. Es ist die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Ein Hundertmarkschein kann wöchentlich zweimal oder auch zwanzigmal den Besitzer wechseln, das heißt gegenüber der Güterseite der Wirtschaft als Käufer auftreten. So kann sich marktmäßig das Geldangebot, also die Nachfrage des Geldes nach Gütern und Leistungen, bei zunächst gleichbleibender quantitativer Menge gewaltig erhöhen, wenn, wie in fortgeschrittenen Inflationen, jeder Geldbesitzer möglichst schnell für sein Geld Ware sucht, oder auch empfindlich verkleinern, wenn die auftraggebende Wirtschaft aus pessimistischer Einstellung und in der Befürchtung vor weiter sinkenden Preisen die mit Geld (Bargeld und Buchgeld) zu bezahlenden Aufträge zurückhält. Geschieht das in breitem Maße - aus welchem Grund auch immer -, so entsteht die Rezession, die in Weiterentwicklung dieses Effekts zur Deflationskrise wird, gegen die, wie wir heute wissen und wie dies auch die Reformer in der großen Wirtschaftskrise wußten, sich Staat und Notenbank antizyklisch verhalten müssen, um die Deflationskrise möglichst schnell zu beenden. Staat und Notenbank können das auch, denn sie haben die Möglichkeit, durch eigene Ausgaben und durch erhöhten quantitativen Geldeinsatz das marktmäßige Geldangebot zu erhöhen, wodurch bei wieder steigenden Preisen und steigenden Umsätzen die vielen hunderttausend Auftraggeber der Wirtschaft das Vertrauen zurückgewinnen, ihrerseits Aufträge zu erteilen und die leer gewordenen Arbeitsplätze zu besetzen. Tun Staat und Notenbank in Unkenntnis dieses Zusammenhangs das Gegenteil, wie zu unserem Unglück Brüning und Luther in der großen Krise, verringern sie mit ihren Maßnahmen die umlaufende Geldmenge und verlangsamen sie durch Kürzungen der Etats und der Staatsaufträge die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, so machen sie mit marktgesetzlicher Notwendigkeit aus der Deflation eine Superdeflation.

(S. 49 / 41)

GZ 21)

Das Quantitätsgesetz des Geldes ist ein Marktgesetz. Es läßt sich nicht, wie oft geglaubt wird, durch Festpreisanordnungen außer Kraft setzen. Erzwingt man gegen den Markt niedrige Festpreise, wie bei den Mieten, die sich überwachen lassen, so werden fortan aus freien Stücken und ohne Staatszuschuß keine Miethäuser mehr gebaut. Das war der Grund der jahrelangen Wohnungsnot nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland, Frankreich und Italien. Macht man unter Strafandrohung allgemeine Festpreise, die nicht marktgerecht sind, wie in der gestauten Inflation vor der Währungsreform, so treten die schon geschilderten Folgen ein.

(S. 41 / 42)

Aus dem Kapitel „Die Inflationsjahre“

GZ 22)

... Schacht lag offensichtlich vor allem an seiner persönlichen Autorität in der Zukunft. Gegenüber der gerade beendeten Inflation war er weder damals noch später ein zürnender Jupiter. Er selbst hatte in den Inflationsjahren keine Vorschläge zu ihrer Beendigung gemacht (und rühmt sich dessen auch nicht). Schacht hatte lediglich für den Außenhandel eine auf Gold und Dollar abgestellte Sonderwährung angeregt, an der dann die weitere Entwertung der für den Inlandsverkehr geltenden Mark abgelesen werden konnte. Schacht nennt die große Inflation von 1919 bis 1923 auch in seinen späteren Publikationen einen Schicksalsschlag, der ungewollt und längere Zeit auch unerkannt über uns gekommen sei.

Wie sah es die Reichsbank? Reichsbankpräsident Havenstein und mit ihm das Reichsbankdirektorium, zumeist noch Geheimräte aus der kaiserlichen Zeit, hielten es für die vaterländische Pflicht der Reichsbank, auf gesetzlicher Grundlage das Reich und die deutsche Wirtschaft mit Geld zu versorgen. Die Reichsbank gab also, da die in Kraft gebliebenen Kriegsgesetze vom 4. August 1914 dies erlaubten, dem Reich gegen Schatzanweisungen die Reichsbanknoten, die das Reich anforderte, um den Haushalt auszugleichen und Devisen für Reparationszahlungen zu kaufen. Ebenso gab die Reichsbank der Wirtschaft in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Reichsbankgesetzes gegen Wechsel mit drei Unterschriften die Reichsbanknoten, die die Wirtschaft für ihre Inlandszahlungen und auch zum Ankauf der Devisen für Importe anforderte. Beides war nach Auffassung des Reichsbankdirektoriums lebenswichtig und beides mußte geschehen. Ein Quantitätsgesetz des Geldes, nach dem eine solche Notenausgabe unbedingt beschränkt bleiben muß, weil Geldmenge und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes im Verhältnis zum Güter- und Dienstleistungsangebot die Preise, das heißt den Geldwert bestimmen, kannte man nicht.

Reichsbankpräsident Havenstein war auf das höchste verwundert, daß der Reichsbank die Geldversorgung des Staates und der Wirtschaft trotz aller technischen Anstrengungen der Reichsbank immer weniger gelang. Man druckte und druckte und es wurde zunehmend schwieriger, dem Bedarf nachzukommen. Im August 1923, als man für den Erwerb eines US-Dollars schon über eine Million Mark zahlen mußte und als ein Pfund Butter im Inland mehrere 100 000,- Mark kostete, veröffentlichte Reichsbankpräsident Havenstein in der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« eine Erklärung folgenden Inhalts:

GZ 23)

»Die ganz außerordentliche Entwertung der Mark hat naturgemäß einen enorm steigenden Zahlungsmittelbedarf hervorgerufen, dem zeitweise von der Reichsbank nicht in vollem Umfang genügt werden konnte. Eine vereinfachte Herstellung der großen Notenabschnitte setzte uns in den Stand, immer größere Beträge in den Verkehr zu bringen. Diese Summen reichen indes knapp hin, den ungeheuer gestiegenen Zahlungsmittelbedarf zu decken, der ganz neuerdings infolge der außerordentlichen Gehalts- und Lohnerhöhungen eine geradezu phantastische Höhe erreicht hat. Die Organisation des ins Ungeheuere gewachsenen Notendruckunternehmens der Reichsbank stellt an unser Personal Anforderungen, die jedes Maß übersteigen. Die Versendung der Barbeträge muß der Eile halber durch persönliche Transporte geschehen. Es sind täglich zahlreiche Geldtransporte von Berlin in die Provinz unterwegs. Die Belieferung einer Reihe von Bankanstalten kann, da die Zugverbindungen frühpostliche Sendungen nicht zulassen, nur mit Hilfe von Luftfahrzeugen erfolgen.«

GZ 24)

Der heutige Leser, auch wenn er kein Sachverständiger in Währungsfragen ist, wird meinen, es handele sich bei dieser Veröffentlichung, in der Ursachen und Wirkungen auf dem Kopf stehen, um den bitteren Spott der Zeitungsredaktion, durch den Havensteins Unfähigkeit lächerlich gemacht werden sollte. Davon ist aber keine Rede. Es war dies die offizielle

Meinung der Reichsbank, die auch an den Universitäten von Professoren der Finanzwissenschaft vertreten wurde. Als der Verfasser im Sommer 1923 an der Universität Jena Rechts- und Finanzwissenschaft studierte, erklärte der damalige Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft, Professor Gutmann, in seiner Vorlesung, wir hätten in Deutschland nicht zuviel, sondern zuwenig Geld im Umlauf. Auch er maß, wie die Reichsbank, die Umlaufmenge der Mark am Dollarkurs und kam dann zu der gleichen erstaunlichen Feststellung, daß der Geldumlauf vermehrt werden müsse. Es war in der Tat so, daß Ende 1922 bei dem damaligen Bargeldumlauf von rund 1300 Milliarden Mark und einem damaligen Dollarkurs von 6750,- Mark der deutsche Bargeldumlauf in Dollar umgerechnet nur rund 200 Millionen Dollar betrug, nach altem Paritätsverhältnis von Mark und Dollar (4,2 :1) also rund 800 Millionen Ursprungsmark, während Deutschland in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg einen Bargeldumlauf von rund 6,5 Milliarden Mark hatte. Wir hatten also nach dieser Logik nicht zu viel, sondern zu wenig Papiergeld im Umlauf.

GZ 25)

Die veröffentlichte Erklärung des Reichsbankpräsidenten, die wegen des unerträglich gewordenen Währungschaos sicherlich sorgfältig mit dem Reichsbankdirektorium abgestimmt worden war, läßt auch nicht hintergründig eine Einsicht in die Marktgesetze des Geldes und damit in die eigene Verantwortung der Reichsbank für die eingetretene uferlose Inflation erkennen. Es werden zwar die Ausdrücke »außerordentlich, enorm, ungeheuer und phantastisch« gebraucht, aber nicht in bezug auf die von der Reichsbank betriebene Geldvermehrung, sondern in bezug auf den angemeldeten Geldbedarf, der in Wahrheit doch erst durch die vorhergegangene Geldvermehrung und die damit notwendigerweise verbundene Kaufkraftminderung des Geldes hervorgerufen war. Hierbei war es allerdings so, daß beim Wechselkurs der Mark vom Ausland die erwartete weitere Geldvermehrung und Kaufkraftminderung der Mark in immer größerem Umfang vorweggenommen wurde. Aber diesen Vertrauensschwund des Auslands hatte die Reichsbank durch die jahrelang betriebene Papiergeld-Vermehrung selbst verschuldet. Die Kreise in Deutschland, die das Spiel der Inflation begriffen hatten, wonach man seine Kredite schon nach kurzer Zeit entwertet zurückzahlen konnte, kauften nicht nur Waren, Häuser, Güter und Fabriken, sondern bei der freien Konvertierbarkeit der Mark auch ausländische Devisen auf Vorrat, also über den Betrag hinaus, den Deutschland für die Bezahlung seiner Importe gebrauchte. ...

GZ 26)

Fußnote 8) Diese Berechnung ergibt sich aus folgenden Gegenüberstellungen:

Bargeldumlauf	Dollar-Kurs
Ende 1919 = rd. 51 Milliarden	48,90 Mark
Ende 1920 = rd. 81 Milliarden	72,20 Mark
Ende 1921 = rd. 123 Milliarden	173,— Mark
Ende 1922 = rd. 1307 Milliarden	6750,— Mark

(S. 66 / 70)

Gz 27)

Die Warenbesitzer aber, die in den ersten Jahren der Inflation nur ungleichmäßig und auch zögernd die Preise heraufgesetzt hatten - die redlichen unter ihnen richteten sich, zumal in den kleinen Städten, noch oft danach, zu welchen Preisen sie selbst die weiterverkaufte Ware eingekauft hatten -, waren in den beiden letzten Jahren der Inflation zunehmend gesonnen wie die ausländischen Devisenverkäufer. Was sie zuvor versäumt hatten, wollten sie jetzt mit vorweggenommenen Preisaufschlägen nachholen, wenn man überhaupt noch gegen Bargeld

und nicht im Ware-gegen-Ware-Tausch etwas hergab. Die deutsche Landwirtschaft weigerte sich, die im Sommer und Herbst 1923 eingebrachte Ernte gegen das völlig wertlos gewordene Papiergeld zu verkaufen. Es drohte für den Winter 1923 die allgemeine Hungersnot und das »Wunder der Rentenmark« war nunmehr wirklich fällig...

(S.71)

GZ 28)

Was in den internen Annalen der Reichsmark über diese Phase und überhaupt über die Einstellung zum Notendruck festgehalten ist, ist dem Verfasser nicht bekannt. In der Festrede zum fünfzigjährigen Bestehen der Reichsbank führte Geheimrat von Grimm, Mitglied des Reichsbankdirektoriums, 1926 rückbetrachtend folgendes aus:

»In immer währendem Maße mußte das Reich auf die Reichsmark zurückgreifen, um seine Existenz zu fristen. Und weil es um die Existenz des Reichs ging, glaubte die Reichsbank, sich auch dann nicht versagen zu können, als ihr durch die Gesetzgebung von 1922 die formelle Autonomie zuteil geworden war.«

Das hört sich zwar vornehm und auch vaterländisch an, vertauscht aber Ursache und Wirkung. Die Existenz des Reichs wurde nicht durch den Notendruck der Reichsbank gerettet, sondern im Gegenteil, wie die spätere Entwicklung dann zeigte, durch den Notendruck bis an den Rand einer totalen Auflösung gebracht.

Die Schäden, die die Inflation in Deutschland angerichtet hatte, waren vielschichtig und keineswegs auf den Verlust der Geldvermögen beschränkt. Festzuhalten ist zunächst - weil es sowohl von den als »Quellen« benutzten politischen Memoirenschreibern der Weimarer Zeit wie von den meisten Historikern, die heute über die Weimarer Zeit berichten, anders dargestellt wird -, daß die große deutsche Nachkriegsinflation fünf Jahre gedauert hat. Sie war die unmittelbare Fortsetzung der im Krieg betriebenen Geldvermehrung, die bei Kriegsende schon zu einer Halbierung des Außenwerts der deutschen Mark geführt hatte. Es ist eine falsche Darstellung, die Inflation erst 1922, etwa in Verbindung mit dem Ruhrkampf, beginnen zu lassen oder gar erst 1923. An den Dollarkursen gemessen war schon im Verlauf des Jahres 1919 eine Entwertung der Mark auf ein Fünftel ihres Januar-Werts 1919 eingetreten. Am Dollar gemessen, noch nicht im gleichen Umfang an den inländischen Preisen, die langsamer nachzogen, hatten alle deutschen Geldvermögen bereits Ende 1919 über 90 Prozent ihres Vorkriegswertes verloren. Die Inflation setzte sich dann im Jahre 1920 bis auf einen Dollarkurs von 72,20 Mark, im Jahre 1921 auf einen Dollarkurs von 173,- Mark, im Jahre 1922 auf einen Dollarkurs von 7500,- Mark und im Jahre 1923 auf einen Dollarkurs von 4,2 Billionen Mark fort. Das bedeutete, daß die bürgerlichen Familien, soweit sie auf der Grundlage von Spargeldern, Bankguthaben, Versicherungsverträgen, Pfandbriefen, Hypotheken und der reichlich gezeichneten Kriegsleihe (insgesamt rund 100 Milliarden Mark) Vermögensbesitzer und Rentner waren, schon Ende 1919 völlig verarmt waren.

In diesem Zustand - noch nicht begriffen und hinsichtlich der Folgen, nunmehr Almosenempfänger anstatt ein angesehener Bürger zu sein, gänzlich verwirrt - fand die aus dem Kriege und aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrte bürgerliche Jugend die Elternhäuser vor, soweit sie auf den Geldbesitz angewiesen waren. An eine normale Bezahlung eines Studiums der Söhne war in diesen Fällen nicht mehr zu denken. Der Nebenberuf eines Börsenspekulanten und des Ware-gegen-Ware-Tauschers sprach sich unter der kriegsentslassenen Jugend erst langsam herum. Ein Honnefer-Modell zur Erleichterung der akademischen Berufsausbildung gab es nicht. Wer konnte, blieb als junger Offizier bei der Truppe oder ging zum Grenzschutz und zu den Freikorps. ...

(S. 71 / 73)

GZ 29)

Diese erschreckenden und ganz ungewohnten Veränderungen, die vor allem das deutsche

Bürgertum erfaßten, wurden von den politischen Parteien und von den Zeitungen mit dem verlorenen Krieg und dem Versailler Diktat erklärt. Das wurde auch geglaubt, weil keine andere Erklärung gegeben wurde und fast niemand in der Lage war, sich aus eigenem Wissen ein Urteil über die Geldvermehrung und über die Preissteigerungen als ihr Spiegelbild zu bilden. Das Wort Inflation gab es noch nicht. Bis Ende 1921 wurde nicht von einer Geldentwertung gesprochen, sondern von Preissteigerungen und der allgemeinen Teuerung. Ein Wochenausweis der Reichsbank, an dem man den vergrößerten Bargeldumlauf hätte ablesen können, war in der Öffentlichkeit unbekannt, ganz abgesehen davon, daß man daraus keine Schlüsse gezogen hätte, weil man das Quantitätsgesetz des Geldes nicht kannte. Die Erklärung der Preissteigerungen mit dem verlorenen Krieg und den zu liefernden oder zu zahlenden Reparationen leuchtete ein. Schon im Kriege waren trotz der ausgedehnten Preisbindung, die sich vor allem auf die Lebensmittel und die Wohnungsmieten bezogen und hinsichtlich der Mieten auch noch über das Kriegsende hinaus bestehen blieben, allenthalben Preissteigerungen eingetreten, deren Ursache aber ausschließlich in der Verknappung auf der Güterseite gesehen wurde. Diese Verknappung war auch auf vielen Gebieten der Wirtschaft real. Daß neben dieser von der Güterseite herkommenden Ursache auch schon in den Kriegsjahren die zur Kriegsfinanzierung betriebene Geldvermehrung die Mitursache der Preissteigerung und bald die ganz überwiegende Ursache war, wurde auch von den Wirtschaftsexperten nicht erkannt. Die Preiserhöhungen traten auch für Häuser, Liegenschaften, Fabriken und Landgüter ein, deren Anzahl nicht kleiner geworden war, die gütermäßig also nicht knapper geworden waren. ...
(S. 75)

GZ 30)

Nun gab es in den fünf Inflationsjahren in Deutschland nicht nur die große Masse der Bevölkerung als erschreckte und schließlich von Existenzangst gejagte Inflationsverlierer, sondern auch einen erfreuten und das Leben laut und übermütig genießenden Kreis von Inflationsgewinnlern, denen das an Sachgütern und Besitztiteln zufließte, was die anderen verloren. Dieser Vorgang, der sich sichtbar in allen Städten, den kleinen und den großen, und in allen menschlichen Gruppierungen vollzog, wirkte politisch vergiftend. Er legte auch die Grundlage für einen scheinbar berechtigten Antisemitismus.

GZ 31)

An der Inflation gewannen zunächst alle langfristigen Schuldner, vor allem also die Landwirtschaft und der städtische Hausbesitz, die üblicherweise bis zur Hälfte des Wertes mit langfristigen Hypotheken beliehen sind. Sie zahlten jetzt die Hypothekenschuld entwertet zurück oder konnten doch ohne Mühe die im Ursprungsbetrag gleichgebliebenen Zins- und Tilgungsraten aufbringen. Die Landwirte genossen diesen Vorteil voll, weil ihre Produkte die der Geldentwertung entsprechenden Preissteigerungen mitmachten. Der städtische Miethausbesitz hatte es schlechter, weil die Wohnungsmieten gestoppt wurden, so daß hier die Versuchung besonders groß war, durch einen Verkauf den angeblichen Wertzuwachs der Häuser zu realisieren. Dann wurde der ehemalige Hausbesitzer als nunmehriger Geldvermögensbesitzer sehr schnell das Opfer der weiter fortschreitenden Inflation. Auch zahlreiche Landwirte trennten sich bei Erbgängen oder durch die hohen Preisangebote verlockt in der Inflation von ihrem Besitz und wurden dann deren Opfer. ...
(S. 76 / 77)

GZ 32)

Das ganze Bild dieser unaufhaltsamen Veränderungen im sozialen Gefüge, die durch keinen Preisstopp, keine Verbote und keine Verwaltungsanordnungen aufzuhalten waren, ist ohne eigene Erinnerung daran schwer vorzustellen. Die heute über Vierzigjährigen, die wenigstens

noch eine Erinnerung an die drei Jahre vor der Währungsreform von 1948 haben, mögen die damaligen Zustände zum Vergleich heranziehen. Auch in den Jahren 1946 und 1947, als die Preise künstlich gestoppt waren und die Geldfülle des Zweiten Weltkrieges marktmäßig die Preissteigerungen erzwang, konnte keine Polizeigewalt die Schwarzmärkte und den überall betriebenen Ware-gegen-Ware-Tausch verhindern. Kein Arbeiter, Beamter und Angestellter war damals in der Lage, mit seinem regulären Arbeitseinkommen die Familie zu erhalten. Ohne die Währungsreform vom Sommer 1948 hätten keine noch so tüchtigen demokratischen Politiker der Bundesrepublik zum Leben verhelfen können.

GZ 33)

Die jüdische Bevölkerung Deutschlands hatte mit der Entstehung der großen Inflation und ihrer fünfjährigen Steigerung ursächlich genausowenig zu tun wie die sonstige Bevölkerung. Weder das Reichsbankdirektorium noch die Reichskabinette der Inflationsjahre wurden maßgeblich von Juden beeinflusst. Auch die Juden verloren durch die Inflation ihr altes Geldvermögen und viele jüdische Familien trennten sich in den Inflationsjahren zur Unzeit von ihrem Sachbesitz und wurden dadurch arm. Albert Ballin, der Generaldirektor der Hapag, nahm sich das Leben, als er den Verlust der Flotte nicht verwinden konnte. Rathenau, in konservativen Anschauungen geschult, stand wie viele andere Wirtschaftsführer dem Inflationsgeschehen fassungslos gegenüber. Der größte Inflationsgewinner Deutschlands war der Nichtjude Hugo Stinnes, der mit den Krediten der Reichsbank und sonstigen Bankkrediten einen ungeheuren Konzern zusammenkaufte. Jüdische Künstler, Gelehrte und Schriftsteller sanken durch die Inflation, wenn sie nicht sich ständig erneuernde Tantiemen hatten, in das gleiche Elend wie ihre nichtjüdischen Kollegen. Von irgendeiner Verantwortung der jüdischen Bevölkerung für die Inflation ist also keine Rede. Die jüdischen Kaufleute und Händler waren aber im Auffangen der Folgen der Inflation, in der Umstellung auf rechtzeitige Warenhortung, dem Ware-gegen-Ware-Tausch und in den auf Preissteigerung abgestellten Spekulationsgeschäften schneller bei der Hand als andere, auch an der Börse. So erschienen sie vielfach als die Nutznießer des Ganzen, vor allem auch durch den Zuzug der zunächst armen jüdischen Kaufleute aus den an Polen abgetrennten Ostprovinzen, wie überhaupt das Deutschland der Inflationsjahre, wo man sich mit einigen Schmucksachen und geschicktem Warentausch lange über Wasser halten konnte, das große Lockfeld für Emigranten und Spekulanten aus vielen Ländern, besonders aus dem Osten und den Balkanländern, war. Von den weißrussischen Emigranten lebten bis Ende 1923 allein in Berlin über hunderttausend. Das Hervortreten der jüdischen Aufkäufer und auch die Verbindung, die besonders in Berlin die neue Oberschicht der großen Inflationsgewinnler in starker jüdischer Durchsetzung mit dem Amüsierbetrieb, mit Film, Theater und Presse einging, blieb in ungueter Erinnerung und führte immer wieder zu dem sachlich falschen Schluß, als hätte die Ausnutzung der Inflation etwas mit ihrer Verursachung zu tun.

GZ 34)

Durch die Zurückführung der Inflation auf den verlorenen Krieg und den Versailler Vertrag erzwangen die Weimarer Parteien geradezu die politische Radikalisierung der jüngeren Jahrgänge. Daß ein demokratischer Staat, in dem fünf Jahre hindurch diese Verwilderung aller wirtschaftlichen Verhältnisse Platz greifen konnte, bei der Jugend keine Liebe fand, war unvermeidlich. Was sollte man tun? Ab 1921 entschloß sich ein Teil der Jugend zum händlerischen Mitmachen. Das fing oft schon in den Oberklassen der Gymnasien an. Die Banken stockten auf und ihre jüngsten Lehrlinge spekulierten an der Börse, das heißt kauften Wertpapiere auf Hausse, und zwar mit Erfolg. Andere verachteten dieses Treiben und wünschten Schluß mit Versailles. Diese Opposition führte die aktiven Jungarbeiter, aber auch viele Intellektuelle, ins Lager des Kommunismus. Ein Teil der Studenten und der aus dem Krieg heimgekehrten Kriegsoffiziere, die mangels anderer Kleidung zumeist noch ihre

feldgrauen Uniformen mit leichten Veränderungen trugen, gingen ins Lager der Rechtsopposition. Daß diese politische Radikalisierung der Bevölkerung, zumal der Jugend, deren sichtbare Zeichen der Kapp-Putsch, die Aufstände an der Ruhr, in Thüringen und Sachsen und zum Abschluß der Hitler-Putsch in München waren, nicht einer echten politischen Notwendigkeit, einem unvermeidbaren Aufeinanderprallen politischer Ideologien entsprang, ist durch die sofort anders laufende Entwicklung in den wirtschaftlich guten Jahren von 1924 bis 1929 erwiesen. Damals gewann die Weimarer Republik auch bei der Jugend sofort an Boden und eine gefährliche Zusammenballung des politischen Radikalismus war nicht mehr möglich. Das wäre schon 1920 eingetreten, wenn nach der Demobilisierung des deutschen Heeres die deutsche Arbeitskraft und die deutsche Jugend in einer geldlich geordneten Wirtschaft ihren Platz und auch ihren Lohn gefunden hätten. Vom Kriege hatte, wie es die Entwicklung von 1924 bis 1929 bewies, die weit überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung genug. Aber der Wahnsinn der uferlosen Geldentwertung ließ keine Ruhe zu und verwandelte ab 1922 die Menschenmassen in einen aufgestörten Ameisenhaufen. Am glücklichsten waren damals, von der ländlichen Jugend abgesehen, deren Lebensunterhalt gesichert war, und abgesehen von den wenigen Familien mit alten Sachvermögen oder einem sonst gehüteten Wohlstand, die jungen Menschen, die in dem materiell anspruchslosen Leben der deutschen Jugendbewegung das Gedränge und die Nöte des Tages übersehen konnten, ohne in einen politischen Radikalismus flüchten zu müssen....

(S. 78 /80)

Aus dem Kapitel: **Bewertung der Inflation in den politischen Memoiren**

GZ 35)

...

Magnus Frhr. von Braun, Raiffeisenpräsident und späterer Landwirtschaftsminister in den Kabinetten Papen und Schleicher widmet in seinen umfangreichen Memoiren der Inflation nur einige Zeilen. Er schreibt lapidar, aber richtig:

»1918 hörten die Krieganleihen auf, der Staat konnte infolgedessen Gehälter und Löhne nicht mehr voll zahlen und verschaffte sich das Geld künstlich durch den Notendruck. Die Notenmenge ging ins Aschgraue, der Notenwert sank im gleichen Verhältnis.«

Schachts Ansicht über die Inflation, die er als ein unabwendbares und gleichzeitig auch unerkanntes Schicksal empfand, ist schon erwähnt worden. In seinem Buch »Sechundsiebzig Jahre meines Lebens« spricht er davon, daß das Jahr 1923 erschreckend rapide Fortschritte im Währungsverfall machte - so als wenn nicht schon in den vier Jahren zuvor die Währung auf ein Nichts gefallen war. Andererseits bestätigt er aber, daß in der ganzen Zeit von Anfang 1919 bis Ende 1923 weder die Reichsbank noch die Reichsregierung den Versuch unternommen haben ein stabiles Geld zu schaffen. Die Reichsbank habe das für zwecklos gehalten, solange nicht feststand, welche Kriegstribute gezahlt werden sollten....

(S. 84)

Aus dem Kapitel: **Die Stabilisierung der Währung - Zwischenjahre -**

GZ 36)

Die Stabilisierung der deutschen Währung im November 1923 wurde dadurch erreicht, daß der gesamte Bargeldumlauf auf einen Betrag von zunächst 2,274 Milliarden neue Währung per Ende 1923 vermindert wurde und daß das Reich für seine Ausgaben grundsätzlich nicht mehr den Notendruck der Reichsbank in Anspruch nehmen durfte. Im letzten Jahr der Inflation, als alle Steuereingänge durch die schnell weiterlaufende Entwertung überholt wurden und als ein Nichts bei den Finanzkassen ankamen, hatte das Reich nur noch 1 bis 2 Prozent der Aus-

gaben durch Steuereingänge gedeckt, 98 bis 99 Prozent durch die Notenpresse.

GZ 37

Durch die Erhebung der Stabilisierung zu einem »Wunder der Rentenmark« und durch verschiedene »Deckungsvorschläge« für das neue Geld ist, wie die Inflation selbst, auch ihre Beendigung in einer gedanklichen Unklarheit gelassen worden, die dann zu der gedanklichen Hilflosigkeit führte, als es in der fünf Jahre später einsetzenden Deflationskrise darauf ankam, genau zu wissen, worauf die Stabilität einer Währung, ihre Kaufkraft im Innern und ihr Wechselkurs gegenüber dem Ausland, beruhen. Obwohl man im November 1923 erkannte, daß auf jeden Fall der Geldumlauf gedrosselt werden mußte, welchen Namen man auch der neuen Währung gab, war man doch im Deckungsirrtum befangen 27). Nachdem Roggen- und andere Sachwert-Mark-Pläne fallengelassen waren, auch der Plan der Industrie eine private Goldnotenbank zu gründen, wurde auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13.10. 1923, das der Reichstag mit zwei Drittel Mehrheit annahm, unter dem Reichskanzler Stresemann und dem Finanzminister Luther die Deutsche Rentenbank errichtet die am 15. 11. 1923 mit der Ausgabe von Rentenmark begann. Diese Rentenmark, deren anfängliches Limit von 2 Milliarden bis Ende 1924 nur mit einem Höchstbetrag von 1,835 Milliarden Rentenmark ausgenutzt wurde, wurde durch eine Grundschuld auf dem deutschen Grundbesitz und eine zusätzliche fiktive Belastung von Industrie, Handel und Banken in einem Gesamtwert von 3,2 Milliarden Goldmark »gedeckt« und war dadurch, so meinte man, sicher.

GZ 38)

Neben dieser Rentenmark bestand die alte Papiermark zu nächst weiter- sie wurde bei einem Umfang von zuletzt rund 496 Millionen Billionen Papiermark zu einem Kurs von 1 Billion Papiermark = 1 Rentenmark = 1 Reichsmark umgetauscht Den Umtausch in Reichsmark nahm die Reichsbank vor deren Notenpresse für die alte Mark stillgelegt worden war und die ihrer neuen Mark die Bezeichnung Reichsmark (RM) gab. Diese Reichsmark ist dann fünfundzwanzig Jahre später durch die Währungsreformen von 1948 durch die DMark-West und DMark-Ost abgelöst worden. Die Rentenmark war als eine Übergangslösung zur gold- und devisengedeckten Reichsmark der Reichsbank gedacht. Dr. Schacht, der im Herbst 1923 zum Reichswährungskommissar ernannt worden war und nach dem Tode seines Vorgängers Havenstein (20. 11. 1923) Reichsbankpräsident wurde, setzte sich für einen schnellen Übergang zur Reichsmarkwährung ein, also für eine baldige Stilllegung der Notenausgabe durch die Rentenbank.

GZ 39)

Die Erörterung darüber, welche Währung besser »gedeckt« sei, eine Rentenmark oder die neue Reichsmark der Reichsbank, war ein Streit um des Kaisers Bart. Sowohl Rentenmark wie neue Reichsmark der Reichsbank verdankten ihre inländische stabile Kaufkraft ebenso wie den stabilen Wechselkurs gegenüber den ausländischen Währungen - der Wechselkurs des US-Dollar wurde auf 4,2 Reichsmark bzw. Rentenmark festgelegt - nicht ihrer »Deckung«, sondern ihrem beschränkten Gesamtumlauf und der Überzeugung des Auslands, daß die künftigen Reichsfinanzen nicht mehr durch Inanspruchnahme der Notenpresse bestritten wurden. Die deutsche Bevölkerung hat vernünftigerweise keinen Unterschied zwischen Rentenmark und Reichsmark gemacht. ...

(S. 87 /89)

GZ 40)

Die große deutsche Inflation war also nicht eine unvermeidbare Folge der Niederlage. Sie war ebenso wie das Ausmaß der großen Deflationskrise/ die fünf Jahre später einsetzte, das Ergebnis einer überaus unglücklichen Konstellation in der für das Reich verantwortlichen

Führung. Man konnte nicht erwarten, daß die Kenntnis der Ursachen der Geldwertveränderungen schon damals Allgemeingut der politischen Parteien war aber auf einer der beiden Seiten, der Regierung oder der Reichsbank, hätte diese Kenntnis an entscheidender Stelle vorhanden sein müssen, um sich durchzusetzen. Ließe sich das Rad der deutschen Geschichte zurückdrehen und ließen sich an die Stelle der damaligen verantwortlichen Männer etwa die heutigen Minister und Politiker Schiller und Strauß oder die Bundesbankpräsidenten Blessing und Klasen mit ihrem Bundesbankdirektorium setzen, so ist es vollständig sicher, daß wir trotz des Versailler Vertrags die große Inflation von 1919 bis 1923 nicht bekommen hätten.

GZ 41)

Es ist nicht zu beweisen, aber man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Inflation früher beendet worden wäre, wenn die Großindustrie dies verlangt hätte. Hier aber verbanden sich lange Zeit die eigenen wirtschaftlichen Interessen mit dem Fortgang der Geldentwertung. Sie sicherte den Betrieben billige, weil ständig unterbezahlte Arbeitskräfte und bewahrte sie vor steuerlichen Belastungen, wie sie nach einer Stabilisierung der Währung zur Deckung des Staatshaushalts und zur Abtragung der Kriegsschulden unvermeidlich waren. So ließ man auch von dieser Seite die Dinge bis zum äußersten treiben und nutzte die Inflationsjahre für einen mit entwertetem Geld bezahlten Ausbau der Anlagen. Neben dem großen Inflationsgewinnler Hugo Stinnes, dessen Name damals in aller Mund war, gab es eine Vielzahl von Industriellen und Industrieverbänden, die in den fünf Jahren mit Hilfe von Bankkrediten, die sich von selbst auflösten, ihre Betriebe und Konzerne durch Zukauf von Aktienmehrheiten und kleineren Unternehmungen erweiterten.

GZ 42

Fußnote 28) Die damalige Unwissenheit (oder das Nicht-Wissenwollen) bei Reichsregierung und Reichsbank über die - vermeidbare - Ursache der Inflation ist um so erstaunlicher, als es einen Vorgang aus der jüngeren europäischen Geschichte gab, der das Quantitätsgesetz des Geldes und damit die Entstehung der inflationistischen Geldentwertung durch übermäßige Geldvermehrung klar erwiesen hatte. Es war die siebenjährige Assignatenwirtschaft in der großen Französischen Revolution. Man gab damals auf die 1789 enteigneten geistlichen Güter und dann auch die eingezogenen königlichen Güter und die Güter der Emigranten, die die »Deckung« darstellen sollten, verzinsliche Staatsobligationen mit Zwangskurs als Papiergeld aus. Sie wurden Assignaten genannt. Da man zur Begleichung der Staatsausgaben die Menge der Assignaten in den sieben Jahren von 1789 bis 1796 ständig erhöhte, von anfänglich 400 Millionen Livres (Vorläufer des Franken) bis auf 45 Milliarden Livres, sank die Kaufkraft des Assignatengeldes bis auf 1/833 ihres Anfangswertes, und zwar ganz ohne Rücksicht auf die sogenannte »Deckung«, die in Form der beschlagnahmten Güter bestand. Es war der gleiche Verlauf wie in der fünfjährigen deutschen Inflation. Die Entwertung des Assignatengeldes enthüllte nicht nur das Quantitätsgesetz des Geldes, sondern auch den Irrglauben, Papiergeld gegen das Marktgesetz der Quantität durch Grund und Boden im Werte decken zu können. Obwohl dies seit 1796 jedem Staatsmann, jeder Notenbank und Jedem professoralen Geldwissenschaftler hätte klar sein müssen, wiederholte sich alles in tiefer Vergessenheit nach dem Ersten Weltkrieg noch einmal. So konnte Schacht davon sprechen, die deutsche Inflation sei lange Zeit unerkannt und auch ungewollt gekommen, und Helfferich konnte nach Einführung der Rentenmark behaupten, die Rentenmark habe einen Wert weil sie durch Grund und Boden »gedeckt« sei, während sich doch der stabile Wert der Rentenmark ebenso wie der der neuen Reichsmark daraus ergab, daß man beide Geldmengen auf einen dem Güterumlauf entsprechenden kleinen Milliardenbetrag begrenzt hielt.

Aus dem Kapitel: **Der Einfluß der Inflation auf die späteren Irrtümer**

GZ 43)

Und doch wirkte die fünfjährige Inflation mit verhängnisvollen geistigen Folgen nach. Das Schweigen über Ursachen und Verantwortung, das die politischen Parteien und die Reichsbank einhielten, und das Fehlen einer fundierten Untersuchung der Währungs- und Wechselkursfragen, die die Inflation aufgeworfen hatte, durch neutrale Sachverständige führten auf diesem Gebiet zu einer gefährlichen Einstellung. Man hatte zwar nach Beendigung der Inflation die Schuldfragen nicht aufgeworfen und sich wechselseitig bestätigt, daß eben höhere Gewalt infolge des verlorenen Krieges vorlag, heimlich hatten aber alle, die politisch oder verwaltungsmäßig eine Verantwortung für die Inflation getragen hatten, den Schwur getan, es nie wieder in Deutschland zu einer Geldentwertung kommen zu lassen. Das war ein löblicher Vorsatz. Er wurde aber mangels einer sachlichen Aufklärung der Währungs- und Wechselkursfragen mit falschen Vorstellungen verbunden, die dann fünf Jahre später die Bekämpfung der auf Deutschland übergreifenden Weltdeflationskrise verhinderten und, in gegenteiliger Richtung wirkend, in Deutschland aus der Deflation eine Superdeflation mit über 6 Millionen Arbeitslosen und Millionen Kurzarbeitern machten. Der verhängnisvollen gedanklichen Irrtümer, für die das Erlebnis der Inflation verantwortlich war, waren mehrere:

GZ 44)

In den Inflationsjahren hatte man erfahren, daß die Entwertung der Kaufkraft der Mark im Inland und die Verschlechterung des Wechselkurses der Mark sich gleichzeitig vollzogen. Durch die Gewohnheit, den Fortgang der Inflation am Wechselkurs des Dollar abzulesen und nicht an den Indexzahlen der Preissteigerungen (Großhandelsindex, Index der Lebenshaltungskosten usw.), hatte sich die Überzeugung festgesetzt, daß inflationistische Preissteigerungen und Wechselkursverschlechterungen identisch seien, daß also eine Herabsetzung (Verschlechterung) des Wechselkurses schon ein Anzeichen für eine inflationistische Kaufkraftminderung des Geldes im Inland sei oder diese Kaufkraftminderung doch unmittelbar nach sich ziehe. Dieser Irrtum, man kann ihn auch eine Angst nennen, verhinderte, daß Deutschland sich im Herbst 1931 der Wechselkursherabsetzung des englischen Pfundes anschloß, wodurch mit Sicherheit ebenso wie in England und in den Staaten des sogenannten Pfundklubs auch in Deutschland der verderbliche Druck auf die inländischen Preise aufgefangen worden wäre. Deutschland wäre dann nämlich, ebenso wie es in England durch die Herabsetzung des Wechselkurses des Pfundes eintrat, durch die Herabsetzung des Wechselkurses der Mark in seinen Exportwaren und seinen Dienstleistungen für das Ausland billiger geworden, ohne im Inland durch Geldverknappung und Haushaltskürzungen die Preise weiter herabsetzen zu müssen. Es wurde in Deutschland auf Grund der durch die Inflation gestifteten Verwirrung nicht eingesehen, daß Veränderungen des Wechselkurses und der inländischen Kaufkraft des Geldes eben nicht mit Notwendigkeit identisch sind und daß, wenn von der Stabilität des Geldes die Rede ist, immer gefragt werden muß, welche Stabilität man meint, die des Wechselkurses oder die der inländischen Kaufkraft. ... (S. 96/97)

GZ 45)

In Deutschland hatte man sich aber bei der Beendigung der Inflation auf einen anderen Gedankengang festgelegt. Man wollte das stofflich wertlose Papiergeld durch die Deckung auch stofflich wieder wertvoll machen und verwechselte hierbei den Tauschwert der Geldeinheit mit dem Materialwert des einzelnen Geldzeichens. Das Papiergeld der alten Mark hatte sich nicht auf den billionsten Teil seines Ausgangswertes entwertet, weil es aus Papier

war, sondern weil man seine Umlaufmenge uferlos vergrößert hatte, so daß in dem Austauschvorgang Waren und Dienstleistungen gegen Geldeinheiten der Tauschwert der Geldeinheit immer kleiner werden mußte. Das wußte man zwar auch, aber man hielt in Erinnerung an die Gold- und Silberwährungen der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg doch an dem Materialwert-Charakter des Geldes fest. Der führende deutschnationale Politiker Karl Helfferich (er kam im April 1924 bei einem Eisenbahnunglück ums Leben), der im November 1923 vom Zentralaussschuß der Reichsbank einstimmig als Nachfolger Havensteins zum Reichsbankpräsidenten vorgeschlagen worden war - Reichspräsident Ebert berief dann aber nicht ihn, sondern den damaligen Demokraten Schacht zum Reichsbankpräsidenten -, war als Währungstheoretiker entschiedener Metallist, also Vertreter der Goldumlaufswährung. Das schloß in der damaligen Widersprüchlichkeit von Theorie und Praxis nicht aus, daß Helfferich als Staatssekretär des Reichsschatzamttes die im Ersten Weltkrieg betriebene Papiergeldvermehrung mitzuvertreten hatte. Auch Schacht war ein Befürworter der Goldwährung. Wenn man bei der Stabilisierung die umlaufenden Geldeinheiten der neuen Währung doch wieder notgedrungen aus Papier machte, weil man nicht genug Edelmetall hatte - die Reichsbank hatte ihren Geldvorrat von rund 2,3 Milliarden Mark, den sie noch Ende 1918 besaß, in den Inflationsjahren bis auf und 470 Millionen Mark eingebüßt -, so wollte man durch die gesetzliche Deckung des Geldumlaufs dem Papiergeld wenigstens teilweise eine Art Sachwert-Charakter geben. Die Deckung die papierernen Rentenbankscheine durch die allgemeine Belastung des deutschen Grund und Bodens und der deutschen Wirtschaft mit einer Rentenbankgrundschuld von 3,2 Milliarden Rentenmark war natürlich ein unrealisierbares Phantom. Wer sollte denn je diesen Sachwert der Rentenbankscheine verwirklichen? Auf welchen Wegen sollte diese allgemeine Zwangsversteigerung durchgeführt werden und mit welcher Art Geld sollte dann der Zuschlag gezahlt werden? Diese Gedanken können nur ein Hirngespinnst genannt werden, an dem jedoch wichtig war, daß durch die Deckungsgrundschuld von 3,2 Milliarden Rentenmark der Höchstbetrag der auszugebenden Rentenmark begrenzt war.

GZ 46)

Eine Begrenzung der auszugebenden Papiergeldmenge war nach dem Quantitätsgesetz, das den Tauschwert des Geldes bestimmt, durchaus von Bedeutung. Aber die notwendige Begrenzung der Geldausgabe hätte man auch ohne Verbindung mit einer sinnlosen »Deckung« festlegen können. Die Verbindung mit der Deckung machte die Begrenzung des Geldumlaufs starr. Und das war das Unglück, als es in der Deflationskrise darauf ankam, den verlangsamten und unterbrochenen Geldumlauf, der die Wirtschaftsschrumpfung und die steigenden Zahlen an Arbeitslosen zur Folge hatte, durch eine staatliche Auftragsfinanzierung und eine Vermehrung der Umlaufenden Geldmenge wieder auszugleichen. Da sah man sich als Gefangener der gesetzlichen Deckungsbestimmungen, die im Reichsbankgesetz verankert waren und die den dringend notwendigen antideflationistischen Einsatz des Staates angeblich unmöglich machten. Im Reichsbankgesetz von 1924, das mit der neuen Reichsmark die Zwischenlösung der Rentenmark ablöste, war eine 40prozentige Deckung des Banknotenumlaufs durch Gold und Devisen vorgesehen, davon mindestens 30 Prozent in Gold. Zu diesem Zweck mußte die Deutsche Reichsbank ihren Goldbestand von rund 470 Millionen Goldmark Ende 1923 auf 2,729 Milliarden Goldmark Ende 1928 erhöhen. Diese teure Importware Gold, die natürlich unsere Zahlungsbilanz belastete, verschwand dann wieder, kaum angekommen, in den Kellern der Reichsbank.

GZ 47)

Der Vorgang als solcher, also die gesetzliche Ausstattung der neuen Reichsmark als eine teilgedeckte Goldmark - ein Einlösungszwang der Reichsbanknoten in Gold, wie vor 1914, war nicht vorgesehen -, entsprach allerdings den damaligen internationalen Gepflogenheiten

und wurde auch vom Ausland in Verbindung mit dem Dawes-Plan verlangt, der die Reparationsfrage regelte. Solange die Konjunktur gut lief und die Reichsbank ihren Goldvorrat behielt, konnte man allenfalls bedauern, daß wir das Gold überhaupt hatten kaufen müssen. Als aber mit der auf Deutschland übergreifenden Welt-Wirtschaftskrise die zwischenstaatlichen Gold- und Kreditabrufe erfolgten und die Reichsbank ihren als Gelddeckung ausgewiesenen Goldvorrat von 2,729 Milliarden Ende 1928 im Verlaufe der Deflationskrise wieder bis auf einen Betrag von 386 Millionen verlor, wurde aus der gesetzlichen Deckungsvorschrift ein exercitium crucis. Jetzt kam es darauf an, eine wirkliche Einsicht in den Vorgang zu haben, das heißt zu wissen, daß die Kaufkraft der deutschen Mark nichts mit dem Goldvorrat der Reichsbank zu tun hatte und daß deshalb auch der zur Krisenbekämpfung gebotene Geldeinsatz der Reichsbank unmöglich von der Einhaltung der 40prozentigen Deckungsgrenze abhängig gemacht werden dürfte. Hier aber fehlte bei Reichskanzler Brüning und dem Reichsbankpräsidenten Luther, den beiden Hauptverantwortlichen für die Bekämpfung der Deflationskrise, ein souveränes Wissen. Ob Schacht, der Anfang 1930 wegen einiger Bestimmungen des neuen Young-Plans plötzlich sein Amt als Reichsbankpräsident zur Verfügung gestellt hatte, sich schon 1931 anders als Luther verhalten hätte, steht dahin. Die Vorstellung von dem Sachwert-Charakter des Geldes, am besten in Form des Edelmetalls, die der gedankliche Ausgang für das Wichtignehmen einer »Deckung« ist, galt wahrscheinlich auch für ihn als annehmbare Theorie, wenn er auch später anders handelte. Jetzt rächte sich, daß man die Beendigung der großen Inflation nicht mit einer gedanklichen Auseinandersetzung über die Grundlagen der Geldwertstabilität verbunden hatte. Für den Reichsbankpräsidenten Luther war die drohende und auch gar nicht zu vermeidende Unterschreitung der 40prozentigen Deckung die Gefahr, vor der er Angst hatte. Sie machte ihn blind gegen das zunehmende Chaos der Wirtschaftskrise und lähmte sein Handeln da, wo er als Reichsbankpräsident hätte handeln müssen. Luther, ein bewährter Verwaltungsjurist, aber ohne geldtheoretische Schulung, hat das bis zu seinem Tode nicht eingesehen, jedenfalls nicht zugegeben. Sein Buch »Vor dem Abgrund« gibt darüber Auskunft. Hätten Brüning und Luther gewußt, daß die Deckungsbestimmungen des Reichsbankgesetzes für die Kaufkraft der Reichsmark unerheblich sind, so wäre es auch ein leichtes gewesen, diese gesetzlichen Bestimmungen durch eine Notverordnung nach Artikel 48 der Reichsverfassung aufzuheben. Hier wäre eine der Notverordnungen, mit denen Brüning ohnehin regierte, wirklich am Platz gewesen. Die Beseitigung der Deckungsvorschriften im Reichsbankgesetz hätte ebenso wie die Herabsetzung des Wechselkurses der Reichsmark der Reichsbank und der Reichsregierung finanzielle Handlungs freiheit zur Bekämpfung der Krise gegeben. ...

(S. 100 / 103)

GZ 48)

Daß Geld sich auch in den Preisstürzen der Güterseite deflationistisch aufwerten kann und daß dann eine ebenfalls nur von der Geldseite her zu heilende Krise ganz anderer Art vorliegt, nämlich die lähmende Deflationskrise mit ihrem Selbstbeschleunigungseffekt, kannte man nicht. Brüning rühmte sich noch im Frühjahr 1932 in der äußersten Zuspitzung der Deflationskrise, als wir schon über 6 Millionen Arbeitslose und einen Preissturz von 35 Prozent hatten, er habe, was auch sonst an Unglücklichem geschehen sei, wenigstens die deutsche Währung vor der Inflation bewahrt. Das war für den informierten Zuhörer ein Ausspruch des grenzenlosen Unverstandes, denn die einzige Gefahr, die es ihrer Natur nach in der Deflationskrise nicht geben konnte, war die Inflation, die Entwertung des Geldes durch Preissteigerungen. Wären diese Preissteigerungen nur eingetreten, dann hätte die Deflationskrise, wie auch nach 1933 in Deutschland und in den USA geschehen, ihr Ende gefunden.

(S. 104)

Aus dem Kapitel: **Entstehung und Ausmaß der Weltwirtschaftskrise**

GZ 49)

Die große Deflationskrise, die als weltweiter Vorgang außer Deutschland auch die anderen westlichen Industrieländer erfaßte kam wirtschaftlich mit Donnerschlägen, gedanklich aber unerkant. Ausgang war der Kurssturz an der New Yorker Börse Ende Oktober 1929. Die amerikanischen Aktienwerte verminderten sich im Laufe der Krise schließlich um rund 18 Milliarden Dollar. Das war, als es begann, zunächst etwas Stimmungsmäßiges, eine Meinungsbildung der Börse über den Kurswert von Beteiligungspapieren. In den Werken und Anlagen der Güterseite der amerikanischen Wirtschaft, auf die sich diese Aktienbeteiligungen bezogen, hatte sich real zunächst nichts geändert. Die Werke standen einen Tag nach dem Kurssturz ihrer Aktie genau so da wie am Tage vor dem Kurssturz. Nach den Marktgesetzen, die für die kapitalistische Wirtschaftsordnung gelten, verwandelte sich diese Meinungsbildung der Börse aber sehr bald in güterwirtschaftliche Realitäten. Der Kurssturz war diesmal so heftig gewesen, daß viele Aktienbesitzer, die in der vorhergehenden mehrjährigen Hausse Aktien mit Krediten gekauft hatten, zahlungsschwach wurden, was auch auf Börsenmakler und Banken übergriff, die Aktien mit den Einlagen ihrer Kundschaft gekauft hatten. Die Geldanleger aus der amerikanischen Provinz riefen ihre Gelder aus der Wallstreet ab, so daß die Aktienverkäufe mit weiteren Kursstürzen sich fortsetzten, was wieder neue Unterdeckungen und weitere Zwangsverkäufe mit zurückgehenden Kursen zur Folge hatte und die allgemeine Angst um die Sicherung der Geldanlagen vermehrte.

GZ 50)

Es war ein Modellfall des deflationistischen Beschleunigungseffekts, bei dem aus den Wirkungen die neuen Ursachen werden. Er betraf zunächst die Börse, den Markt der Wertpapiere, wo die Kauflust gänzlich erstarb. Diese Tendenz, nicht mehr zu kaufen, weil man den Kursen bzw. den Preisen nicht traute, griff aber bei dem großen Ausmaß, das die Börsenverluste erreicht hatten, zwangsweise und auch aus Vorsicht auf die Warenmärkte über. Waren die Kursverluste an den Aktienwerten an sich eine fiktive und gütermäßig nicht greifbare Größe, so fehlten nun diese Beträge in den Aktiven der Firmen- und Privatbilanzen, während die bilanzmäßig gegenüberstehenden passiven Geldposten sich in den Nominalbeträgen zunächst nicht verändert hatten. Der Automarkt und auch der Baumarkt waren nächste Opfer. Wer sein Aktienvermögen verringert oder ganz wertlos geworden sah, hatte keine Lust und auch keine Möglichkeit mehr, einen neuen Wagen oder ein Haus zu kaufen. Jetzt begannen infolge der ausbleibenden Kauforder die realen Umsatzschrumpfungen auf den Märkten, was bei der amerikanischen Autoindustrie schnell auf die abhängigen Zuliefererindustrien der Stahl-, Glas- und Elektrobranche übergriff. Der Wert der amerikanischen Autoproduktion ging von 1929 bis 1932 von 2,567 Milliarden Dollar auf 0,603 Milliarden Dollar zurück.

(S. 105 / 106

Aus dem Kapitel: **Die besondere Lage Deutschlands in der Weltwirtschaftskrise**

GZ 51)

... Der Geldumlauf mußte beschleunigt und der Preissturz aufgefangen werden, damit die Wirtschaft wieder Aufträge erteilen konnte und aus der zunehmenden Verschuldung herauskam, in die sie mit den weiteren Preis- und Umsatzrückgängen geriet. Für die heutigen deutschen Wirtschafts- und Finanzminister und die heutigen Mitglieder des Bundesbankdirektoriums ist dies ein selbstverständliches Wissen hinsichtlich Konjunktursteuerung und Krisenbekämpfung. Auch damals war in Deutschland dieses Wissen bei den Reformern vorhanden und wurde später auch befolgt. Das Unglück war, daß Brüning als Reichskanzler und Luther als Reichsbankpräsident in einem heute unvorstellbaren Ausmaß

uneinsichtig blieben und hierbei von den zuständigen Gremien, dem Reichskabinett, dem Reichstag und dem Reichsbankdirektorium nicht eines Besseren belehrt wurden.

GZ 52)

So wie die Dinge schon im Sommer 1931 lagen, war eine wirksame Krisenbekämpfung und eine schnelle Zurückführung der Arbeitslosigkeit nur noch mit kombinierten Maßnahmen und einem starken Selbsteintritt des Staates als Auftraggeber möglich. Der Index der Großhandelspreise war von 142 (im Jahre 1929) auf 111 zurückgegangen, das Bruttosozialprodukt von 88 Milliarden auf etwa 60 Milliarden, der Aktienindex sank ständig weiter, von 153 im Jahre 1928 bis schließlich auf 34 im Jahre 1932.

GZ 53)

Die Frage, ob auch die Regierung Brüning ebenso wie später die Regierung Hitler und in den USA der demokratische Präsident Roosevelt mit dem New Deal mit einem antideflationistischen Arbeitsbeschaffungs- und Wirtschaftsbelebungsprogramm Erfolg gehabt hätte, ist mit voller Sicherheit zu bejahen. Brüning hätte es allerdings mit der psychologischen Komponente des in Gang zu bringenden Geldumlaufs schwerer gehabt, weil er die Nationalsozialisten und die Kommunisten als Nein-Sager gegen sich hatte. Aber auch diese Wählermassen wünschten das Ende der Krise und in ganz überwiegender Mehrzahl keine neuen Ideologien, sondern Sicherheit, Arbeit und Brot. Sie entschieden auch nicht über die Stimmung in der Wirtschaft. Vielleicht hätten Brüning und Luther zur vollen Beseitigung der Krise nicht nur 12 Milliarden Arbeitsbeschaffungswechsel gebraucht, die von der Reichsbank abzusichern waren, wie Schacht später 12 Milliarden Mefo-Wechsel, sondern mehr. Vielleicht aber auch weniger, wenn sie auch den deutschen Außenhandel durch eine Herabsetzung des Wechselkurses der Reichsmark in die Wirtschaftsbelebungsmaßnahmen miteinbezogen hätten, was Schacht fälschlicherweise unterließ. Wie dem auch sei, die Beträge, die zur Initialzündung nötig waren, brauchten nicht festzustehen. An der Umkehr der Preistendenz und an dem Rückgang der Arbeitslosenzahlen war mit Sicherheit abzulesen, wann mit den staatlich finanzierten Programmen aufgehört werden konnte, weil fortan die Wirtschaft sich mit dem belebten Geldumlauf selbst weiterhalf und nunmehr die Kette von Ursache und Wirkung in guter Richtung lief. ...

GZ 54)

Brüning und Luther wären, wenn ihr Ziel und Wille dahingegangen wäre, spätestens nach Erlass des Hoover-Moratoriums in der Lage gewesen, mit einem großen antideflationistischen staatlichen Arbeitsbeschaffungs- und Kredithilfeprogramm vor den Reichstag und vor die deutsche Öffentlichkeit zu treten. Stießen sie im Reichstag auf Widerstand, so stand das Notverordnungsrecht des Artikels 48 der Reichsverfassung für dieses gute Programm ebenso zur Verfügung wie für die mörderischen Deflationsmaßnahmen, die statt dessen im Wege der Notverordnungen von der Regierung Brüning erlassen wurden. Brüning hätte mit einem solchen antideflationistischen Wirtschaftskurs nicht nur für die Krise, sondern auch für die deutsche Innenpolitik die Wende gebracht. Das weitere Ansteigen des Arbeitslosenheeres auf über 6 Millionen und Millionen Kurzarbeiter mit dem Ergebnis der Reichstagswahlen vom Juli 1932 wäre nicht eingetreten. (S. 116 / 118)

Aus dem Kapitel: **Die Deflationspolitik der Regierung Brüning**

GZ 55)

Die sachlich zutreffende Bezeichnung »Deflationspolitik« für die innenpolitischen Maßnahmen der Regierung Brünings bedarf einer Einschränkung. Die Bezeichnung unterstellt, daß in dieser Hinsicht beim Reichskanzler Brüning und auch beim Reichsbankpräsidenten Luther ein

bewußtes gesamtwirtschaftliches Handeln vorlag, eine Art Grundsatzentscheidung zur Bekämpfung der Krise. So war es aber nicht. Weder Brüning noch Luther waren sich darüber klar. Deflationspolitik im heute verstandenen Sinn zu betreiben. Das Wort Deflation kam auch erst im späteren Verlauf der Krise auf ohne genaue Verdeutlichung seines Inhalts Brüning und Luther wollten auch gar nicht die Krise als solche mit einer bestimmten Wirtschaftspolitik, wir wurden heute sagen Konjunkturpolitik, bekämpfen. Sie wollten vielmehr, trotz aller wirtschaftlichen und finanziellen Bedrängnisse, die für sie unerwartet gekommen waren, die Grundsätze weiter anwenden, die nach Ende der Inflation bisher für die Staatsfinanzen und für die Reichsbank gegolten hatten

GZ56)

Die Maßnahmen, die Reichsregierung und Reichsbank unter Brüning und Luther in den zwei Jahren von März 1930 bis Mai 1932 trafen, bezogen sich in Anwendung dieser Haltung auf die jeweilig entscheidungsbedürftigen Fragen. In diesen zur Entscheidung anstehenden Fragen und nicht in dem gedanklichen Zusammenhang einer allgemeinen Krise stellten sich für Brüning und Luther die zunehmenden wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten dar. Es waren für sie fiskalische und finanzielle Schwierigkeiten, in die die Krise zerfiel und mit denen Staat und Reichsbank fertig werden mußten. Die drohenden Zwangsversteigerungen großer landwirtschaftlicher Flächen in Ostdeutschland verlangten den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz und die anschließende Umschuldung. Das war die Agrarkrise. Die Illiquidität einiger großer Banken und die drohende Illiquidität für weitere Kreditinstitute verlangten die Entscheidung darüber, ob und welche Kreditinstitute geschlossen oder mit Reichshilfe gestützt und umorganisiert werden sollten. Das war die Bankenkrise. Die Ausgaben für die wachsenden Millionenheere der Arbeitslosen verlangten mehrfache Entscheidungen darüber, wie das Defizit der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zu decken sei, durch Erhöhung der Beiträge, durch Einschüsse des Reiches oder durch Verminderung und zeitliche Verkürzung der Arbeitslosenfürsorge.

GZ 57)

Diese entscheidungsbedürftigen Fragen, die in der Krise nacheinander und auch gleichzeitig auftraten, fielen zunächst nur in die Zuständigkeit der Reichsregierung, wo sie im Endergebnis zu Fragen der Haushaltsdeckung wurden. Die Reichsbank hatte nach ihrer damaligen Auffassung damit nichts zu tun. Luther und die Reichsbank sahen sich an der Krise erst beteiligt, als die Reichsbank infolge der Rückzahlung der gekündigten Auslandskredite ihren Gold- und Devisenbestand verlor und nun mit dem weiteren Transfer und der gesetzlich vorgeschriebenen Deckung des Notenumlaufs in Schwierigkeiten geriet und als dann die Fragen auftauchten, die mit der Illiquidität der Banken, der sogenannten Bankenkrise, im Zusammenhang standen. Noch dreißig Jahre später hat Luther sein Rechtfertigungs- und Erinnerungsbuch »Vor dem Abgrund - Reichsbankpräsident in Krisenzeiten« fast ausschließlich auf diesen Teilbereich der Krise beschränkt, dem er in den Einzelheiten nachgeht, der aber doch nur eine unvermeidliche Auswirkung des Ganzen der Krise war.

GZ 58)

Die >alten< Grundsätze, an denen Reichskanzler Brüning für den Staat und Reichsbankpräsident Luther für die Reichsbank festhalten wollten und denen sich nach ihrer Auffassung die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten unterzuordnen hatten, waren bekannt. Der Reichsetat sollte ohne Hilfe der Reichsbank mit Steuereingängen ausgeglichen werden (für öffentliche Anleihen war kein Markt vorhanden). Für den Banknotenumlauf sollte die gesetzliche Deckung und für den Wechselkurs der Reichsmark der im Reichsbankgesetz festgelegte Goldstandard eingehalten werden. Diese Grundsätze, man kann sie etatistisch und rechtlich-formal nennen, waren es, die mit Notwendigkeit den starken deflationistischen Effekt

auslösten, der aus dem deutschen Anteil an der Weltwirtschaftskrise die spezielle deutsche Superdeflation mit ihren unseligen politischen Folgen machte.

GZ 59)

Die Sorge der Reichsbank, daß für den Notenumlauf die 40-prozentige Deckung in Gold und Devisen nicht mehr eingehalten werden könnte, war im Sommer 1931 akut geworden. Der Goldbestand der Reichsbank, der Ende 1928 noch rund 2,7 Milliarden Reichsmark betragen hatte, verringerte sich bis Ende 1931 durch die Transferierung der gekündigten Auslandskredite auf unter 1 Milliarde Reichsmark. Am 7. 7. 1931 sank die Deckung des Notenumlaufs auf 35 Prozent. Statt diese unvermeidlichen und für die Kaufkraft des deutschen Geldes unerheblichen Vorgänge mit Ruhe zu betrachten, lösten sie beim Reichsbankpräsidenten Luther heftige Reaktionen aus. Durch Reisen in die westlichen Hauptstädte versuchte Luther, Anleihen und Hilfe zur Aufrechterhaltung der Notendeckung und des Goldstandards der Reichsmark zu bekommen. Seine Bitten wurden, man muß in diesem Fall sagen mit Recht, abgelehnt. Jede neue vom Ausland geliehene Milliarde wäre in kurzem in den Sog und Abruf der gekündigten Auslandskredite geraten. Die ausländischen Notenbanken und Regierungen hätten sich mit der von Luther erbetenen Hilfe nur selbst bezahlt. Hinzu kam, daß auch in dieser Hinsicht die Lage der einzelnen Länder unterschiedlich war. Frankreich, für die deutschen privaten Auslandsschulden der kleinste der ausländischen Gläubiger, aber der Empfänger der größten Quote der Reparationszahlungen, hatte durch seine Kündigungen das englische Pfund unter starken Druck gesetzt, dessen Ende dann die Loslösung des Pfundkurses vom Goldstandard im September 1931 war.

GZ 60)

Wenn Luther eine Unterschreitung der Notendeckung vermeiden wollte, so hätte er den Abfluß seiner Gold- und Devisenbestände durch eine rechtzeitige Unterbrechung des Transfers verhindern müssen. Da er das im Hinblick auf den zu erwartenden Protest des Auslands nicht wagte, blieb nur die andere Konsequenz, Gold und Devisen solange zu transferieren, wie man konnte. Dann mußte aber klar sein, daß dieser vom Ausland herbeigeführte Gold- und Devisenverlust der Reichsbank keinen Einfluß auf die inländische Geldversorgung haben durfte. Die Deckungsvorschriften des Reichsbankgesetzes mußten also unbeachtet bleiben. Das war rein logisch unausweichbar. Die Reichsbank verlor im Zuge der ausländischen Kreditkündigungen schließlich ihren Goldvorrat bis auf 400 Millionen Reichsmark und hätte ihn ohne die spätere Devisenbewirtschaftung zur Gänze verloren. Wollte man also danach den inländischen Notenumlauf richten, so hätte man Deutschland in den geldlosen Zustand des Naturaltausches zurückführen müssen. Das war als unvermeidliche Folge der Kündigungen und des noch weiter laufenden Devisentransfers klar, auch für den, der kein Währungsspezialist war, und ließ eben nur den Schluß zu: Die Deckungsvorschriften des Reichsbankgesetzes mußten für die inländische Geldversorgung unbeachtet bleiben.

GZ 61)

Luther zog aber einen anderen Schluß. Er setzte, als die 40-prozentige Deckung im Juli 1931 nicht mehr gewahrt war, das Instrumentarium in Gang, das das Reichsbankgesetz für die Unterschreitung der Deckung vorsah. Es waren ihrem Sinn nach Strafvorschriften für die deutsche Wirtschaft, Erhöhung des Reichsbankdiskonts (Zinserhöhung für die eingereichten Wechsel) und Einschränkung der Wechselkontingente, die zum Diskont bei der Reichsbank zugelassen wurden, also Kreditverteuerung und Kreditverknappung. ... (S. 120 / 123)

GZ 62)

Der Staatssekretär Trendelenburg machte den Vorschlag, die vorhandene Notendeckung durch eine Milliarde neu zu druckender Rentenbankscheine zu erhöhen, die ins Depot der

Reichsbank gelegt werden sollten. Dieser Vorschlag, der darauf fußte, daß das gesetzliche Notenkongent der Rentenbank von zwei Milliarden damals nur mit rund 390 Millionen ausgenutzt war, so daß man formal berechtigt war, zusätzlich eine Milliarde Rentenmark neu zu drucken und bei der Reichsbank zu deponieren, war natürlich eine reine Spiegelfechterei, bei der Papiergeld durch Papiergeld gedeckt wurde. Sie zeigte die ganze Sinnlosigkeit der sogenannten Deckung. Trendelenburgs Vorschlag wurde ernsthaft erörtert und schließlich abgelehnt, nicht, weil er überflüssig war, sondern im Hinblick auf eine Inflationspsychose der Bevölkerung.... (S.125)

GZ 63)

Wie dem aber auch sei. Für das von der Krise geschüttelte Deutschland war das englische Vorgehen und der englische Vorschlag geradezu ein Fingerzeig vom Himmel, um auch in Deutschland aus der Kette der sich gegenseitig bedingenden Deflationsmaßnahmen herauszukommen. Die Kreditrestriktionen der Reichsbank, die Heraufsetzung des Diskontsatzes und die Verweigerung eines ausreichenden Geldeinsatzes der Reichsbank für die Liquidität der Kreditinstitute und für eine Mitfinanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden von Luther nicht nur im Hinblick auf die nicht mehr eingehaltene Notendeckung abgelehnt, sondern auch mit Rücksicht auf den Wechselkurs der Mark. In Verkennung dessen, was vordringlich und wichtig war, befürchtete man, daß eine Steigerung des inländischen Preisniveaus als Ergebnis eines massierten Geldeinsatzes für die Arbeitsbeschaffung die deutsche Wirtschaft für die Ausfuhr zu teuer und damit ein Durchhalten des Wechselkurses der Mark unmöglich machen würde. Wichtig und vordringlich war natürlich nur die inländische Wirtschaftsbelebung. Für den Außenhandel konnten dann, wie dies später auch Schacht verwirklichte, unter dem Schutz einer Devisenkontrolle andere Hilfen gefunden werden. Für dieses Dilemma, wenn es in Wahrheit auch ein scheinbares war, bot jetzt das englische Beispiel die offene Tür. Luther wurde auf sie auch von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel (BIZ), die speziell für die deutschen Transfer- und Reparationsprobleme errichtet worden war, hingewiesen. Er lehnte ohne klare Begründung ab und hielt dann, unbelehrt durch das wachsende und innenpolitisch bedrohlich werdende Elend der deutschen Massenarbeitslosigkeit, an seinem Restriktionskurs und an der Ablehnung einer Wechselkursänderung bis zum Ende seiner Amtszeit fest. Er verhinderte auch bewußt eine andere Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit über den Zweck einer Wechselkursänderung. Anfang 1932 hatte Keynes in einem Vortrag vor dem Hamburger Überseeklub erklärt, daß auch für Deutschland der Anschluß an den Sterling-Standard das Gegebene wäre. »Für Deutschland erscheint mir dieser Schritt eine unzweifelhafte Notwendigkeit.« Als die Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft Keynes zu einem weiteren Vortrag in Berlin eingeladen und auch schon eine Zusage erhalten hatte, hielt es Luther für angebracht, Keynes zu bitten, von dem Vortrag Abstand zu nehmen.

GZ 64)

Über die damals mit Luther geführten Diskussionen, in denen auch die guten Vorschläge der Reformen zur Sprache kamen, so daß Luther nicht sagen konnte, daß er sie gar nicht gekannt hätte, hat der Baseler Professor Edgar Salin in der Einführung zu Luthers Erinnerungsbuch »Vor dem Abgrund« eine Darstellung gegeben. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Salin 1964 nach Luthers Tod als dessen langjähriger Freund berichtet. Professor Salin war von Luther zur Besprechung nach Berlin gerufen worden. Er schreibt: »Ein Problem, das Luther und seine Ratgeber und einen großen Teil der deutschen Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftspolitiker unablässig beschäftigte, war die deutsche Deflation. Die Reichsbank verhielt sich nach dem Rezept der alten Konjunkturtheorie, ein Teil der jüngeren Theoretiker und auch Ministeriale wie Lautenbach forderten volle Umkehr, verlangten massiven Einsatz von Mitteln zur Arbeitsbeschaffung, um endlich das explosive Wachstum des

Arbeitslosenheeres zu stoppen. ... (S. 129 /130)

GZ 65)

Ich glaubte, in der Nacht des 3. zum 4. Oktober Luther überzeugt zu haben. Am Mittag des 4. lehnte er kategorisch ab. Wir hatten den Eindruck, daß der Schöpfer der Rentenmark sich nicht mit dem Odium einer Abwertung belasten wollte. Den entscheidenden Grund hat er nicht genannt; ich habe ihn selbst erst während seiner Arbeit an diesem Buch (Luthers Erinnerungen »Vor dem Abgrund«) erfahren: Brüning hat jede Diskussion einer Abwertung weit von sich gewiesen, da er nur bei konsequenter Durchführung der Deflationspolitik die Alliierten vom guten Willen Deutschlands zu überzeugen hoffte und da ihm, richtigerweise, diese Überzeugung als Voraussetzung zum endlichen Verzicht auf die Reparationen erschien.« ... (S. 130)

GZ 66)

Was Brüning tat und unterließ, steht fest. Im Verlauf seiner Kanzlerzeit, die von März 1930 bis Ende Mai 1932 dauerte, trug er die Verantwortung für 67 Notverordnungen des Reichspräsidenten von Hindenburg gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung, von denen fünf im Jahre 1930, dreiundvierzig im Jahre 1931 und neunzehn im Jahre 1932 erlassen wurden. Ein Teil von ihnen war den finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Notständen der Krise gewidmet. Die wichtigste war die vierte große Spar -und Kürzungsverordnung vom 8. Dezember 1931. Brüning bemühte sich mit Hilfe der Notverordnungen, die öffentlichen Ausgaben, vor allem den Reichsetat, den sinkenden Steuereinnahmen und den sinkenden Preisen anzupassen. Er war dabei blind gegen die eigentliche Ursache der Krise und ihren Beschleunigungseffekt, der gerade in diesen sinkenden Preisen bestand. In Verbindung mit der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 wurde von Brüning sogar ein Preissenkungskommissar eingesetzt. Es war der Oberbürgermeister Gördeler. Seine Aufgabe erledigte sich von selbst. Die Preise und die Löhne sanken mit der Krise weiter.

GZ 67)

Der Ausgleich des Reichshaushalts und der Haushalte der Länder und Gemeinden durch Steuern, Zölle usw. bedeutete bei sich ständig verminderten Wirtschaftsumsätzen mit sinkenden Preisen und sinkendem Arbeits- und Gewerbeeinkommen die Kürzung der Ausgaben. Die öffentliche Hand, die, wie wir heute sagen würden, in einer antizyklischen Haltung als Auftraggeber und Geldumlaufsbeweger der *Rocher de bronze* inmitten der allgemeinen wirtschaftlichen Erlahmung hätte sein müssen, war damals das Gegenteil. Das löste die deutsche Superdeflation aus und trieb im Winter 1931/32 in Auswirkung der rigorosen Dezember-Notverordnung die Arbeitslosenzahl auf den neuen Höhepunkt von über 6 Millionen. ... (Y. 131 / 132)

GZ 68)

Es ist heute schwer, sich von den damaligen Gedankengängen überhaupt eine Vorstellung zu machen. Sie würden heute von keiner politischen Partei wiederholt und von keinen Sachverständigen gutgeheißen werden. Die Regierung Brüning rechnete statisch-fiskalisch und nicht wirtschaftlich-dynamisch. Schon zur außenwirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit mußte nach ihrer Vorstellung bei Ablehnung der Wechselkursherabsetzung der Mark das gesamte deutsche Preisniveau herabgesetzt werden. Paßte man allgemein - nicht nur in den Haushaltsplänen der öffentlichen Hand - die Ausgaben und Löhne dem herabgesetzten Preisniveau an, so würde man, das war die Vorstellung der Regierung Brüning, insbesondere beim Erlaß der rigorosen Kürzungsverordnung vom Dezember 1931, auf dem neuen Preis- und Ausgabenniveau den Ausgleich wieder erreichen. Der Irrtum bei diesem Gedankengang war ein totaler. Das lebende Geflecht einer Volkswirtschaft mit dem ständigen Austausch von

Ware gegen Geld und dem Marktgesetz, daß bei sinkenden Preisen und Erlösen in allen Sparten der Produktion und der Vorratshaltung Verluste zu erwarten sind, läßt die Rückführung auf ein erheblich tiefer liegendes Preisniveau ohne heftigste Krisenerscheinungen nicht zu. Ganz abgesehen davon, daß zum rechnerischen Ausgleich der Aktiv- und Passivseiten der Bilanzen dann auch gehört hätte, nicht nur die Schuldzinsen herabzusetzen, sondern auch die Schuldbeträge selbst, was aber schon aus Rechtsgründen gar nicht möglich war und auch in den landwirtschaftlichen Umschuldungsverfahren, wo es versucht wurde, nur in zeitraubenden Umschuldungsplänen verwirklicht werden konnte, deren neue Zinsleistungsgrenzen wegen weiterer Preisrückgänge immer wieder überholt waren. ... (S. 132 / 133)

(Brüning sah die Krise als Reinigungskrise. TA)

GZ 69)

Mit diesen Vorstellungen trat Brüning auf den Wahlversammlungen auch vor die breite Öffentlichkeit. Er wirkte ernst und überzeugt von dem, was er sagte. Als der Verfasser ihn im Frühjahr 1932 in den Stettiner Messehallen hörte - es ging damals um die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten -, bestand wohl schon der größere Teil der Zuhörer aus arbeitslosen, verhärmten und schlecht gekleideten Männern, die gekommen waren, um jetzt aus dem Mund des deutschen Reichskanzlers zu erfahren, wann ihr Elend ein Ende nähme. Brüning machte ihnen keine Hoffnung, jedenfalls keine, aus der die Zuhörer sofort neuen Mut hätten gewinnen können. »Ein armes Volk muß billig sein.« »Auch Preußen hat sich hochgehungert.« »Ist die Talsohle erreicht, so wird der Weg auch wieder aufwärts gehen.« »Wir sind so arm, daß wir nicht einmal den Neubau der Pädagogischen Akademie beenden können.«

GZ 70)

Damit spielte Brüning für die Stettiner Zuhörer auf einen hinter den Messehallen stillgelegten Bau an. Daß wir erst arm wurden, weil wir nicht bauten und nicht etwa zu arm waren, um zu bauen, überstieg ganz offensichtlich Brünings volkswirtschaftliches Vorstellungsvermögen. Es war begrenzt von den Sparsamkeitsideen eines guten Hausvaters, der in den Zeiten der Not seine Familie durchbringen muß. Daß dasselbe arme deutsche Volk schon ein Jahr später ohne ausländische Hilfe nicht nur diese eine Pädagogische Akademie unter Dach bringen, sondern viele Tausende anderer Bauvorhaben beginnen und auch beenden konnte, ohne dafür vom Ausland Geld zu erhalten und ohne dabei seine Währung inflationistisch zu zerrütten, gehörte zu den volkswirtschaftlichen Abläufen, die Brüning, wie seine 1970 erschienenen Memoiren zeigen, auch später niemals hat gedanklich nachvollziehen können. Brüning schloß seine damalige Stettiner Wahlrede, die wahrscheinlich auch die Wahlrede in den anderen Städten war, mit der Versicherung, daß zwar vieles verloren, aber doch die deutsche Währung gerettet sei. Daß dies so bleiben werde und daß es keine Inflation gebe, darauf dürften sich alle Zuhörer verlassen. Für den aufgeklärten Zuhörer war dieses Bekenntnis zur deflationistischen Elendspolitik in Abwehr einer eingebildeten Inflationsgefahr, die es real in der Deflationskrise gar nicht geben konnte, eine Erklärung der totalen Hoffnungslosigkeit. Die nicht aufgeklärten, im Unglück ihrer Arbeitslosigkeit steckenden Zuhörer empfanden diese Hoffnungslosigkeit, die von Brünings Rede ausging, mit anderen Gedanken, aber sicherlich ebenso stark. Wer noch eine Erinnerung an diese Monate des Frühjahrs 1932 hat, als die Massenarbeitslosigkeit die 6-Millionen-Grenze überschritt, wird wissen, daß die ungeheuren Wahlerfolge der Nationalsozialisten und der Kommunisten in der Reichstagswahl vom Juli 1932 nur auf der Grundlage dieser Hoffnungslosigkeit zustande gekommen waren, auf die die Regierung Brüning und die nicht radikalen Parteien des Reichstages keine Antwort wußten.

GZ 71)

Brüning hat anders als Luther seine Memoiren erst posthum veröffentlicht. Sie werden in einem späteren Kapitel noch gesondert besprochen. Seine Gedanken und politischen Ansichten, auf die er seine verfehlten wirtschaftlichen Maßnahmen stützte, sind damals aber von ihm in seinen Reden wiederholt ausgesprochen. Vor der Zentrumsfraktion des Reichstages erklärte er am 5. November 1931 zur Begründung der kommenden großen Kürzungs- und Sparnotverordnung: »Ich werde mich bis zum letzten dagegen wehren, irgendeine inflatorische Maßnahme irgendeiner Art zu treffen, und zwar nicht nur aus Gerechtigkeit, nicht nur zum Schutze der Schwachen, sondern weil ich der Ansicht bin, daß die ehrliche Bilanz in der deutschen Wirtschaft trotz aller Bitternisse wiederhergestellt werden muß und daß jeder Versuch und jedes Verlangen nach inflatorischen Maßnahmen letzten Endes nur den Zweck haben kann, diesen Prozeß der klaren Bilanz der gesamten deutschen Wirtschaft zuschanden zu machen und wiederum einen Schleier über die Fehler der Vergangenheit zu ziehen. Erfolge in der Außenpolitik sind um so mehr zu erreichen, wenn wir die Bilanz der deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft klar und ehrlich jedermann in der Welt zur Einsicht vorlegen.«

GZ 72)

In derselben Rede gebrauchte Brüning den schon zitierten Vergleich vom Messer des Chirurgen, das rechtzeitig und radikaler hätte angesetzt werden müssen.

GZ 73)

In einer Wahlversammlung in Mainz am 13. November 1931 führte er aus:

»Die Welt ist endlich mitten in ihrer wirtschaftlichen Krise, die sich am deutlichsten bei dem Absinken von 25 Währungen vom Goldstandard zeigt, zu der Erkenntnis gelangt, daß das Zentralproblem der Weltwirtschaftskrise die Reparationsfrage ist. Alle agrar- und finanzpolitischen Sparmaßnahmen im Etat der öffentlichen Hand und in der Sozialversicherung hatten den Zweck, dahin zu kommen, daß in dieser Krise endlich ein klarer Weg besritten werden konnte, dessen Ende die wirtschaftliche und finanzielle Liquidation des Krieges ist. Weil es möglich war, Schritt für Schritt, alle Maßnahmen organisch aufeinander einzustellen, haben wir Deutschland glücklich bis zu dieser Stunde ohne Inflation durchgebracht.«

GZ 74)

In seiner letzten Kanzlerrede in der Reichstagssitzung vom 31. Mai 1932, als das Chaos der Deflation für den deutschen Staat und das deutsche Sozialgefüge schon unerträglich geworden war, lehnte Brüning nach einer Rede von Gregor Strasser den zusätzlichen Geldeinsatz für die Finanzierung staatlicher Arbeitsbeschaffungsprogramme wiederum ab mit den Worten:

»Aber im Punkte der Finanzierung scheiden sich die Geister. Wir müssen Wege wählen, die ganz klar sind. Wir müssen den Glauben verhindern, als ob wir durch die Hintertür irgendeine Inflation machen würden.«

GZ 75)

In dieser Rede fielen auch die Worte: »Es spielt auch gar keine Rolle, was Sie über mich im Lande verbreiten. Wenn ich mich dadurch beeindrucken ließe, würde ich die Ruhe auch innenpolitisch verlieren, die in den letzten hundert Metern vor dem Ziel das absolut Wichtigste ist.«

GZ 76)

Diese Worte von den »Hundert-Meter-vor-dem-Ziel« sind inzwischen Bestandteil der deutschen Geschichtsschreibung geworden. Sie werden immer wieder als Argument dafür gebracht, daß Hindenburg zu Unrecht und zur Unzeit Brüning als Reichskanzler abberufen habe (es geschah kurz nach der Reichstagssitzung). Was hat es mit dieser Hundert-Meter-vor-

dem-Ziel-These auf sich? Danach war das Ziel der Brüning'schen Politik die Befreiung von den Reparationen, konkret also die Aufhebung des Young-Plans, und alles, was auf dem Weg dazu lag, mußte nach Brüning's Auffassung hingenommen werden. Dieser Weg war in Brüning's Vorstellung der Elendsweg der Deflationskrise, der um des Zieles willen nicht verkürzt und nicht verschleiert werden durfte.

GZ 77)

Der Verfasser nimmt zur Entschuldigung von Brüning und auch von Luther an, daß die Rechnung Wirtschaftskrise gegen Aufhebung der Reparationen nicht so durchdacht und gewollt war, wie sie von Brüning ausgesprochen wurde, und daß ihn in Wahrheit andere Irrtümer an der Bekämpfung der Krise hinderten, nämlich seine Meinung, daß jede Geldvermehrung schon Inflation und jedes Geldprojekt Scharlatanerie sei und daß es sich auch bei der ganzen Krise überhaupt nur um eine ohnehin fällige Reinigungskrise handele. Die andere Rechnung, bewußte Beibehaltung des Deflationseleids gegen Aufhebung der Reparationen, ginge wirtschaftlich nicht auf und wäre angesichts des tiefen Unglücks der arbeitslos gewordenen Männer und ihrer Familien menschlich ein Zynismus, den man bei einem so hochachtbaren, wenn auch in tragischen volkswirtschaftlichen Irrtümern befangenen Mann wie Brüning nicht unterstellen mag. Brüning's Memoiren lassen allerdings auch den gegenteiligen Schluß zu. ... (S. 134 / 137)

GZ 78)

Der Reichsminister a. D. Treviranus, ein Freund und Kabinettskollege Brüning's, versucht in seinem 1968 erschienenen Buch »Das Ende von Weimar - Heinrich Brüning und seine Zeit« Brüning dadurch zu rechtfertigen, daß er nicht nur die Hundert-Meter-vor-dem-Ziel-These wiederholt, sondern zusätzlich unterstreicht, es hätten damals, von Brüning vorbereitet, umfangreiche und genaue Pläne für eine Krisenbekämpfung und ein Arbeitsbeschaffungsprogramm vorgelegen, die nach der Aufhebung des Young-Plans in Gang gesetzt werden sollten. Durch diese Behauptung wird die Sache nur widerspruchsvoller und für Brüning belastender. Der Young-Plan wurde im Juni 1932 durch die Lausanner Konferenz aufgehoben. Mit einer (nie geleisteten) einmaligen Schlußzahlung sollten die Reparationen ihr Ende haben. Dieser außenpolitische Erfolg - Brüning's Ziel - hatte nicht die geringste Wirkung auf die deutsche Wirtschaftskrise. Er machte auch keinen Eindruck mehr auf die Bevölkerung, die mit Recht Arbeit und Brot und nicht außenpolitische Erfolge von der Regierung erwartete. Das war bei der Lage und der Stimmung, die das Übermaß der Krise ausbreitete, vorherzusehen. Es war also innenpolitisch ganz abwegig, den Einsatz einer großen Krisenbekämpfung mit dem Endtermin der erwarteten Reparationskonferenz zu verbinden. Im übrigen, welcher Art sollte die plötzliche Finanzierung eines wirkungsvollen Arbeitsbeschaffungsprogramms sein, bei dem es nicht mehr um Millionen, sondern um Milliarden ging? Brüning hatte noch kurz zuvor am 31. Mai in seiner Reichstagsrede aus Inflationsangst jede Finanzierung »durch die Hintertür« abgelehnt. Wenn aber Brüning und sein Kabinett damals wirklich wußten, wie man es machen müsse, um aus der Krise herauszukommen, so war es ein an Gewissenlosigkeit grenzender politischer Leichtsinn, mit dem Einsatz dieser Mittel zu warten und diese Pläne offenbar auch Hindenburg gegenüber zu verschweigen. Es ist zur menschlichen Rechtfertigung Brüning's besser, sich hier entgegen der von Treviranus gegebenen Darstellung zu bescheiden und anzunehmen, daß Brüning mit der Krise nicht fertig wurde, weil er sie nicht verstand und eine unbegründete Sorge vor einer Inflation hatte. ... (S.138 / 139)

Aus dem Kapitel: **Einstellung der Parteien und der öffentlichen Meinung zu Brüning's Deflationspolitik - Die Ohnmacht der Reformer -**

GZ 79)

Brüning's Kürzungs- und Sparnotverordnungen und die Restriktionsmaßnahmen der Reichsbank fanden ihrer Wirkungen wegen keinen Beifall, sie stießen aber in der Öffentlichkeit und in der Wirtschaft nicht auf unbedingte Ablehnung, wenn man von der politischen Propaganda der Nationalsozialisten und der Kommunisten absieht. Man murrte, wußte aber selbst nichts Besseres. Die Reformer, verstreut und miteinander nur teilweise bekannt, waren politisch nicht organisiert und hatten auch kein Publikationsorgan. Sie konnten nur als einzelne wirken. Die Fachgelehrsamkeit war sich nicht einig und neigte in falscher Sorge um Wechselkurs und Inflationsgefahr überwiegend zu einer Bejahung des Restriktionskurses. Das schon zitierte offene Bekenntnis des Professors Edgar Salin gibt darüber Auskunft. Ebenso wie er hatten auch der Nationalökonom Professor Röpke und Reichsfinanzminister a. D. Professor Dr. Hilferding, der als Vertreter der sogenannten Wiener Schule damals im Ruf eines kundigen Währungsspezialisten stand, noch im September 1931 die Finanzierung eines wirkungsvollen Arbeitsbeschaffungsprogramms mit Hilfe der Reichsbank abgelehnt. Der wohl angesehenste deutsche Wirtschaftspublizist, Dr. Gustav Stolper, Herausgeber der viel gelesenen und führenden Wirtschaftszeitschrift »Der Volkswirt«, äußerte sich zu den Ursachen der Krise und zu den Problemen der Währung rätselhaft. Er schrieb in der Weihnachtsnummer 1931 seiner Zeitschrift folgendes: »Über die Ursache für die große Krise: Kriegsverwüstung und Kriegsbedarf, Blockade und Inflation, Untergang und Entstehung neuer Staaten mit neuem Machtapparat, technische Revolution in Industrie und Landwirtschaft, soziale und moralische Revolution: neue Lebensformen, neue Sexualmoral, neue Ernährungssitten, neue Frauentracht, neues Verhältnis zur Natur, Erwachen des allgemeinen Sportbetriebs - niemals haben sich in der Wirtschaftsgeschichte Störungsquellen annähernd gleichen Ausmaßes in solchem Umfang gehäuft wie in den mehr als anderthalb Jahrzehnten . . . seit Kriegsausbruch . . .«

GZ 80)

Hier darf man zur Entlastung von Brüning und Luther sagen: Was sollten sie wohl, wenn sie den »Deutschen Volkswirt« zur Hand nahmen, für Schlüsse aus diesem Sammelsurium von Gründen ziehen, von denen auch nicht ein einziger etwas mit der Entstehung und dem Weiterlauf der Krise zu tun hatte? Sie waren auch schon in den guten Vorkrisenjahren vorhanden gewesen. Vom deflationistisch gestörten Geldumlauf, dem wirklichen Grund der Krise, sagt Stolper kein Wort. Stolper war es auch gewesen, der in einer Reichstagsdebatte vom 20. Februar 1931, als Reichstagsabgeordneter der Deutschen Staatspartei, geäußert hatte, er halte es für möglich, daß durch den Rückruf der Auslandskredite wegen Wegfalls der vorgeschriebenen Deckung eine Halbierung des deutschen Notenumlaufs eintrete und daß auch der Reichsbankdiskont erheblich heraufgesetzt würde. Das sei aber nicht bedenklich, weil hierdurch der Goldstrom wenigstens zum Teil wieder nach Deutschland zurückgedreht würde. Die Folge wäre eine stürmische Erhöhung der Ausfuhr und ein rapides Sinken der Einfuhr, so daß der nach Deutschland fließende Devisenstrom die Rückzahlung der gekündigten Kredite, die Zahlung der Reparationen und Zinsen gestatten würde.

GZ 81)

Daß bei diesem Prozeß der Halbierung des Notenumlaufs, daß heißt der Kündigung der Mehrzahl der innerdeutschen Kredite, zunächst erst einmal die ganze deutsche Wirtschaft zerbrechen würde, hat Dr. Stolper im Reichstag nicht vorgetragen.

GZ 82)

Brüning konnte in seiner Stettiner Wahlrede auch mit Recht darauf hinweisen, daß ihm fälschlich vorgehalten werde, er solle doch in Wirtschaftsfragen auf den Rat der

Sachverständigen und der Wirtschaft hören. Das täte er durchaus, er beriete sich mit ihnen, aber sie wüßten es nicht besser und hätten auch keine übereinstimmende Meinung. Es war in der Tat so, daß die Theoretiker der Wirtschaftswissenschaft und die Praktiker der Wirtschaft und der sogenannten Hochfinanz, also die Inhaber und Vorstandsmitglieder der großen Bankhäuser, damals tief in den Vorstellungen von dem Materialwert des Geldes befangen waren und der Goldgeldlehre anhängen, wie sie bis zum Ersten Weltkrieg unangefochten bestanden hatte. Auch die Herren der Hochfinanz kannten in der Wirtschaftskrise, so unwahrscheinlich das heute klingt, als Gefahr für die Währung nur die Inflation, nicht aber die Deflation, obwohl ihre eigenen Banken an der Deflation zu zerbrechen drohten. Sie gaben also, wie dies damals in den Kreisen der Reformer von dem einen und dem anderen Bankier berichtet wurde, auch dem Reichskanzler Brüning den gleichen Rat, den sie sich selbst und ihrer Kundschaft gaben: unnötige Ausgaben vermeiden, sparsam das Geld zusammenhalten und liquide bleiben. Dem sich in der Krise auftuenden Widerspruch, daß dieser Rat zwar für den privaten Bereich zur Selbsterhaltung in der Krise richtig ist, daß aber die öffentliche Hand sich zur Bekämpfung der Krise umgekehrt zu verhalten habe, war man damals geistig noch nicht gewachsen, so selbstverständlich das heute ist. Professor L. Albert Hahn, damals Hauptaktionär der Deutschen Effecten- und Wechselbank in Frankfurt, war unter den bekannten Bankiers der einzige entschiedene Gegensprecher. Er war in persönlichen Besuchen bei Luther bemüht, Luther von seinem Deflationskurs abzubringen, aber auf ihn, der neben Professor Dr. Wagemann, dem Präsidenten des Statistischen Reichsamtes und Direktor des Instituts für Konjunkturforschung, der führende Reformer war, hörte man nicht. ... (S. 142 / 144)

GZ 83)

In den nichtradikalen Parteien des Reichstags gab es wegen der Brüning-Lutherschen Deflationspolitik keine Spaltungen oder sonst für die Bevölkerung erkennbare Auseinandersetzungen. Zentrum und klein gewordene Demokratische Partei (Deutsche Staatspartei) stimmten vorbehaltlos zu, die SPD murrte, aber schwieg.

GZ 84)

Der damalige demokratische (staatsparteiliche) Reichstagsabgeordnete Heuss, unser späterer Bundespräsident, erklärte in seiner letzten Reichstagsrede vom 11. Mai 1932 zur Finanzierung einer Arbeitsbeschaffung durch zusätzlichen Geldeinsatz der Reichsbank folgendes: »Die Inflation würde morgen vorhanden sein, mit diesem zusätzlichen Geld, das sich der Regulierung durch den Diskont entziehen würde, die Inflation, die ja zudem nicht nur eine Frage von mechanischen Mengenmanipulationen ist, sondern ein psychologisches Problem. Von der Regierung aber erwarten wir, daß sie, so hart die Auswirkungen der deflatorischen Periode, in der wir drinstecken, sind, auf diesem Gebiete bis zum letzten allen Währungsexperimenten widersteht, denn das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft könnte sie nicht ertragen (Sehr wahr! in der Mitte).«

GZ 85)

Die breite Masse der Bevölkerung war in Währungs- und Konjunkturdingen ohne eigenes Wissen und ohne eigene Meinung. Sie folgte zunächst den Leitartikeln der nichtradikalen Zeitungen, insbesondere der Generalanzeigerpresse, die ganz und gar auf Inflationsangst und Aufrechterhaltung des Wechselkurses abgestellt waren. Die auf Anraten des Nationalökonomen Keynes bewußt herbeigeführte Abwertung des englischen Pfundes wurde in den deutschen Zeitungen irreführend unter die Überschrift gebracht: »Weltwährung wird Treibholz«. Dann folgten immer breitere Massen in dem wachsenden Elend der radikalen politischen Propaganda, vor allem der nationalsozialistischen, die Arbeit und Brot versprach. Irgendeine geld- und konjunkturmäßige Aufklärung war damit nicht verbunden.

GZ 86)

Das außenpolitische Ziel, dem Brüning die inneren wirtschaftlichen Verhältnisse unterordnete, verhinderte nicht nur zusammen mit seinen Irrtümern über Geld und Währung die Bekämpfung der Krise, es gab auch der deutschen Bevölkerung eine falsche Blickrichtung, was sich in der politischen Radikalisierung übel auswirkte. Man war sich in Deutschland in den Krisen Jahren bis 1933 gar nicht bewußt, in einer Welt-Wirtschaftskrise zu stecken. Die 6 Millionen deutschen Arbeitslosen des Jahres 1932 wußten nicht, daß gleichzeitig in Amerika und England Millionen Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz verloren hatten und ein ähnliches Elend wie sie selbst durchmachten. In den Zeitungen war zwar hier und da auch von der Krise im Ausland die Rede, aber entsprechend den amtlichen Parolen wurde das deutsche Elend doch nur in einen Zusammenhang mit dem verlorenen Krieg und mit dem Versailler Vertrag gebracht. In den dreißiger Jahren war die Erinnerung an die guten und geordneten wirtschaftlichen Verhältnisse vor 1914 noch allenthalben wach. Daß dies nun alles verschwunden war und nach dem Taumel der gerade sechs Jahre zurückliegenden Inflationszeit das Unglück der wirtschaftlichen Zusammenbrüche und der Dauerarbeitslosigkeit folgte, wurde im Bewußtsein der Massen, aber auch der gebildeten Stände mit dem verlorenen Krieg erklärt. ... (S. 145 / 147)

GZ 87)

Es ist aber richtig, daß Brüning und Luther keine organisierte Aufklärung gegenüberstand. Die Gegenpartei der »Reformer« war zahlreich und auch in vielen Schichten und Berufskreisen zu finden. Es waren aber Einzelgänger oder kleinere Gruppen mit ganz unterschiedlichen, zumeist nicht weitreichenden Einflußmöglichkeiten und einem spärlichen Zugang zur Presse. Von der politisch organisierten Gegenmeinung der Nationalsozialisten und Kommunisten darf hierbei abgesehen werden. Mit ihnen über die Beibehaltung oder Aufhebung des Deflationskurses, Deckung des Geldumlaufs, Änderung des Wechselkurses, Grenzen für die Inanspruchnahme der Reichsbank usw., ernsthaft zu verhandeln, war nicht möglich, weil diese Umsturzparteien gar nicht die schnelle Beendigung der Wirtschaftskrise, sondern den totalen Austausch des »Systems« wollten.

GZ 88)

Die politisch nicht gebundenen Reformer, die die Deflationskrise beseitigen wollten, nicht mit allgemeinen politischen Änderungen, sondern mit den zureichenden Mitteln der Geldseite, waren wie die Krise selbst eine internationale Erscheinung. In den USA gehörten dazu die »Eierköpfe« der Ära Roosevelt, in Großbritannien der Kreis um Keynes. In Deutschland war das Institut für Konjunkturforschung mit seinem Leiter Professor Wagemann ein Sammelpunkt. In der Bankwelt war es vor allem der Frankfurter Bankier und Währungstheoretiker Professor L. Albert Hahn, der damals unermüdlich und verzweifelt protestierte, weil er das ganze Unheil auch in politischer Hinsicht kommen sah. Viele andere Namen mit den von ihnen entwickelten Einzelplänen wären hier zu nennen 55). Statt dessen sei auf die Einzelangaben in dem Buch von Wilhelm Grotkopp verwiesen 56). Die Reformer hatten, wie Luther selbst berichtet, in den Deflationsjahren viele Hunderte von Briefen und Eingaben an die Reichsbank und an die Regierung geschickt. Ein auf Kreditausweitung für die Arbeitsbeschaffung abgestellter Plan von Professor Wagemann war veröffentlicht und von Brüning abgelehnt worden. Auf Luther, der offensichtlich die Eingaben ungelesen in die Akten oder in den Papierkorb wandern ließ, weil er sie ebenso wie Brüning für moralisch verwerfliche Inflationsprojekte hielt, wenn nicht sogar für Wahnideen von Geisteskranken (auch solche werden dabei gewesen sein), wurde sogar ein Attentat verübt. Brüning und Luther konnten also nicht behaupten, daß man sie nicht unterrichtet hätte.

GZ 89)

Fußnote 55)

Eine gewisse volkstümliche Ausdehnung hatten die Reformen in den Kreisen der Silvio-Gesell-Anhänger, die sich auch als politische Kleinpartei organisiert hatten. Silvio Gesell ist der Vater vieler moderner Gedankengänge, die sich auf die Geldseite der Wirtschaft und das Verhältnis von Geldumlauf und Krise beziehen. Auch die meisten Reformen kannten sein Buch »Die natürliche Wirtschaftsordnung«, ohne es aber zu nennen. Keynes hat Silvio Gesell lobend erwähnt. Silvio Gesell hatte seine Erfahrungen in den südamerikanischen Geldkrisen gesammelt. Durch seine Lehre vom Schwundgeld ist er unberechtigt in Verruf gekommen. Mit dem Schwundgeld wollte Gesell erreichen, daß im Geldumlauf keine zur Deflationskrise führende Unterbrechung eintritt. Seine Beobachtung war richtig, auf die Technik aber kam es nicht an. Gesell wollte eine Technik entwickeln, die sich in einem total liberalen Staat von selbst verwirklichte und kontrollierte. Durch seine Anhänger, die zum Sektierertum neigten und die das Wort »natürlich« in dem Titel von Gesells Buch zum Lösungswort für alle möglichen Programme einer natürlichen Lebensweise machten, ist Silvio Gesell in der Geldwissenschaft in einen falschen Ruf geraten. Hierzu trug auch noch bei, daß Gesell sich nach 1918 in Bayern der Räterepublik als Finanzminister zur Verfügung gestellt hatte und von dort das Schwundgeld einführen wollte. Anhänger von Gesell sind heute noch organisiert. Politisch haben sie auch noch in der Schweiz in den Kantonatswahlen eine gewisse Bedeutung. Der Name von Gesell muß im Zusammenhang mit der Bekämpfung der großen Deflationskrise lobend erwähnt werden, weil es weitgehend die zuerst von Gesell entwickelten Grundansichten waren, die von den Reformern vertreten wurden und in ihrer Weiterwirkung der heutigen modernen Konjunkturbetrachtung zugrunde liegen. Die Gesell-Anhänger, die sich Freiwirte nannten, gaben in den Krisenjahren eine Wochenzeitung »Der Neue Kurs« heraus. Es war nur ein Blättchen, hielt aber Woche für Woche der Regierung Brüning und der Reichsbank vor, was sie falsch machten.

GZ 90)

Fußnote 56)

Dr. Wilhelm Grotkopp, »Die große Krise«, Düsseldorf 1954.

Aus dem Kapitel: **Wirtschaftliche und menschliche Probleme der Arbeitslosigkeit**

GZ 91)

Man kann das Problem der Arbeitslosigkeit nicht ernst genug nehmen. Es ist in den modernen arbeitsteiligen Industriegesellschaften ein Problem, von dem der wirtschaftliche Teil nur die kleinere Hälfte des Ganzen ist. Jedes darüber Hinwegreden ist unerlaubt. Die Ansicht mancher Volkswirte und Arbeitgeber, daß ein kontinuierlicher Überhang von Arbeitssuchenden vorhanden sein müsse, um uns vor Überhitzung und Preissteigerungen zu schützen, ist denkbar unsozial. Man kann den Vertretern dieser Ansicht nur wünschen, daß sie selbst oder ihre Söhne und Töchter einmal zu diesem Überhang gehören, der nach Lehrbuchansicht die Konjunkturen so schön ausgleichen soll. Es ist zwar richtig, daß das Fehlen der Arbeitslosigkeit, also die Vollbeschäftigung, auch Nachteile bringt, die neben dem Preisaufrtrieb den Fleiß und die Arbeitsmoral betreffen. Diese Nachteile sind aber in keiner Weise mit den wirtschaftlichen und menschlichen Schäden der Arbeitslosigkeit zu vergleichen.

GZ 92)

Wer in der großen Krise oder in den Jahren danach Gespräche mit Männern führen konnte, die die Arbeitslosigkeit persönlich erleiden mußten, oft mehrere Jahre hindurch, weiß, um welchen Einbruch in ihr Leben es sich dabei gehandelt hat. Es war eine verhängnisvolle

Verblendung der Weimarer nichtradikalen Parteien und ihrer führenden Männer, daß sie diesen Einbruch in das Leben des deutschen Volkes nicht als die größte Gefahr erkannten, der gegenüber die finanziellen und außenpolitischen Probleme unterzuordnen waren.

GZ 93)

Von den 14 Millionen nationalsozialistischen Reichstagswählern des Sommers 1932 hatten sicherlich nicht einmal 5 Prozent Hitlers »Mein Kampf« oder andere Schriften gelesen, die das Parteiprogramm der NSDAP erläuterten. Die neuen nationalsozialistischen Reichstagswähler waren auch keine Antisemiten. Sie wählten die NSDAP, so wie 3 bis 4 Millionen andere Deutsche damals zusätzlich zu den alten kommunistischen Mitgliedern die KPD wählten, weil sie aus der Krise herauswollten und auf die nicht-radikalen Weimarer Parteien keine Hoffnung mehr setzten. Es wäre für Deutschland und die Welt besser gewesen, wenn Hitler als Reichskanzler später diese Hoffnung enttäuscht hätte. Weil sein Kabinett sie aber erfüllte, auf schnellem Wege und mit einfachen Mitteln, die auch Brüning hätte einsetzen können, wurden aus den Wählern der NSDAP dankbare Nationalsozialisten, die nunmehr Jahre hindurch für richtig hielten, was Hitler anordnete. Ohne diese Dankbarkeit der Massen, die nach 1933 wieder einen Arbeitsplatz gefunden hatten, hätte Hitler seine außenpolitischen Abenteuer und seinen innenpolitischen Terror nicht wagen können. Man kann nicht beweisen, was aus der NSDAP geworden wäre, wenn es die Weltwirtschaftskrise nicht gegeben hätte. Vielleicht hätte sie auch dann ihren Tiefstand des Jahres 1928 mit 2,6 Prozent der abgegebenen Stimmen und 12 Reichstagsabgeordneten überwunden. Aber mit voller Sicherheit kann man sagen, daß die NSDAP es niemals zu einer politischen Stärke gebracht hätte, die dem Bestand der Weimarer Republik gefährlich werden konnte. Dazu hatten Hitler und die NSDAP zu viele natürliche Feinde. Außer den Kommunisten und den organisierten Mehrheitssozialdemokraten waren es das katholische Zentrum, das aufgeklärte Literaten- und Freimaurertum, die jüdischen Kreise und auch die Konservativen und Deutschnationalen alter Art, Großgrundbesitz, größeres Bauerntum, Adel und Reichswehrführung. Um durch diese starke Mauer einer Abwehr von Gegnern, die Hitler selbst dazu machte, weil er sie ständig angriff, eine Bresche zu schlagen, bedurfte es eines alles aus den Fugen reißenden Vorgangs, wie es die Deflationskrise mit ihren Arbeitslosenheeren war.

Aus dem Kapitel: **Schlußfolgerungen**

GZ 94)

Der Verfasser möchte das Buch mit Ausführungen des im Oktober 1968 verstorbenen Professors L. Albert Hahn (1877-1968) schließen, entnommen aus dessen großem Aufsatz in der Zeitung »Die Zeit« vom 5. April 1963. Hahn, zugleich überragender Währungswissenschaftler und erfahrener Bankier, war in der Deflationskrise einer der führenden Reformer. Hahn, der seinem Aufsatz die Überschrift gegeben hatte: »Brüning war an allem schuld - Eine falsche Wirtschaftspolitik ebnete den Weg für die Massenverführer« schreibt darin:

GZ 95)

»Die Brüning-Luthersche Deflationsperiode, die 1931 begann, ist, wenn nicht die tragischste, so doch die paradoxeste der letzten fünfzig Jahre. Es ist die paradoxeste, weil alles, aber auch alles, was seitdem geschah - Nazirevolution, Krieg, moralische und physische Vernichtung von Millionen Menschen und schließlich die deutsche Niederlage - nach meiner und vieler meiner Freunde Auffassung vermieden worden wäre, wenn die damals die Hebelstellung der Wirtschaft, das Geldwesen, direkt oder indirekt Beherrschenden sich nur ein wenig aufgeschlossener gegenüber heute selbstverständlichen Gedankengängen gezeigt und den kumulativen Deflationsprozeß unterbrochen hätten. Statt dessen hat man, die Jüngeren werden

sich den damaligen Mangel an Urteilsfähigkeit gar nicht mehr vorstellen können, die Fortsetzung des Deflationsprozesses nicht nur geduldet, sondern (aus falsch verstandenen Gold- und Wechselkursrücksichten) gewünscht und mit einer prozyklischen Fiskalpolitik gefördert. Eine solche Politik mußte ein hoffnungslos gewordenes Volk in die Arme der Extremen treiben, die ihm die rasche Befreiung von der Pest der Arbeitslosigkeit versprochen - und dieses Versprechen durch Akzeptierung etwas >moderner< Praktiken auch hielten.

GZ 96)

Um dies vorwegzunehmen: Keine der damals in Regierung oder Reichsbank verantwortlichen Personen hat das Unheil bewußt herbeigeführt. Auch die unseligen Berater aus >Theorie und Praxis<, die die offizielle Politik stützten, waren gutgläubig, wenn auch manche Industrielle aus Angst vor dem Vorwurf des Inflationismus in der Öffentlichkeit Aussagen machten, die ihrer mir privat geäußerten Überzeugung widersprachen. Ursächlich für die Deflations- oder wenn man es schonender ausdrücken will, für das Fehlen jeder bewußten Anti-Deflationspolitik, war vielmehr: Einerseits herrschte in den weitesten Kreisen eine völlige Unkenntnis über den Charakter von Wirtschaftskrisen als Deflationskrisen, andererseits ein erstaunlicher Mangel an >judgment<, an abwägendem Urteil darüber, ob der Vermeidung der katastrophalen wirtschaftlichen und politischen Deflationsfolgen oder gewissen formal-juristischen Erwägungen der Vorrang einzuräumen war. Wie unbegreiflich erscheint zum Beispiel heute, daß man eine Abwertung der Mark mit dem Hinweis ablehnte, daß im Young-Plan die Aufrechterhaltung der Goldparität stipuliert worden war. War doch seit der Einführung der Devisenzwangswirtschaft im Juli 1931 von einem Goldstandard überhaupt nicht mehr die Rede und die Mark im Verfolg der Pfundabwertung vom September 1931 gegenüber der zweitwichtigsten Weltwährung - und siebzehn der Pfundabwertung folgenden Nebenwährungen - tatsächlich um etwa 40 Prozent aufgewertet. Wie konnte es geschehen, fragt man sich heute, daß die Industrie, die gegen die letzte fünfprozentige Aufwertung der DM so heftig opponierte, gegen jene Aufwertung der Reichsmark nichts einwandte?

GZ 97)

Ich selbst empfinde bei der Erinnerung an diese Periode meines Lebens jetzt, nach dreißig Jahren, noch dieselbe Verzweiflung und Aufregung, die ich damals angesichts der offiziellen Geld- und Kredit-Politik verspürte; und dasselbe Gefühl der ohnmächtigen Wut darüber, daß unser Kampf erfolglos war, nicht - das hat wohl die spätere Entwicklung bewiesen - weil unsere Argumente falsch waren, sondern weil die Gegner wegen ihrer offiziellen Stellung oder auch nur wegen ihres Alters und angeblich größeren praktischen Erfahrung ein höheres Prestige genossen als wir Jüngeren, die obendrein noch vielfach Theoretiker waren.« (S. 229 / 231)

GZ 98)

Fußnote 137)

Professor Dr. Dr. Dr. h. c. L. Albert Hahn wurde am 12. Oktober 1889 in Frankfurt/M. geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und Philosophie, erwarb in beiden Fakultäten den Doktorgrad, wurde Assessor und Rechtsanwalt und trat 1919 in den Vorstand der Deutschen Effecten- und Wechselbank in Frankfurt/M. ein, einer Gründung seiner Vorfahren. Im Jahre 1928 wurde Hahn neben seiner weiteren Tätigkeit als praktischer Bankier auf Grund seiner zahlreichen Veröffentlichungen über Themen des Geldwerts und der Konjunkturlehre Honorarprofessor an der Universität Frankfurt/M. Im Jahre 1936 ging Professor Hahn in die Emigration. Durch Gastvorlesungen in New York, später auch in Paris und Zürich, und durch Bücher und Aufsätze, die bis kurz vor seinem Tode erschienen, wurde Professor Hahn als Währungs- und Konjunkturwissenschaftler weltweit anerkannt. Er starb am 4. Oktober 1968 in Zürich.

(Ende Ziemer)